Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1922 Nr. 49 — Jahrgang 215

Bezugspreis: monatlich Mk. 12.— ohne Zustellgebühr. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Austrägerinnen entgegen.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5410 – Postscheckkonto Leipzig 20512.

Sonntag-Ausgabe

Sonntag, 29. Januar

Anzeigenpreis: Die 5gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 1.20 M. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 5.00 M. Zahlbar nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. – Verlag u. Druck von Otto Thiele Halle-Saale

Die Last des Lügenvertrages

Anstatt der verderblichen Erfüllung fordern wir die Aufdeckung der Lügen von Versailles und Revision!

Die Note an die Reparationskommission

w. Berlin, 28. Januar.

Die heute dem Berliner Vertreter der Reparationskommission übergebene Note der deutschen Regierung an die Reparationskommission hat folgenden Wortlaut:

Herr Präsident!

Die Reparationskommission hat durch die Entscheidung vom 13. Januar 1922 der deutschen Regierung für die beiden Fälligkeiten vom 15. Januar und Februar 1922 einen vorläufigen Zahlungsaufschub unter der Bedingung gewährt, daß die deutsche Regierung binnen 15 Tagen

a) ein Reformprogramm für den Haushalt und den Notenumlauf mit geeigneten Garantien,

b) ein vollständiges Programm der Barzahlungen und Sachleistungen für das Kalenderjahr 1922 vorlegt.

Die deutsche Regierung entspricht hiermit diesem Verlangen.

I.

Reform des Haushalts und des Notenumlaufes

Der deutschen Regierung und der deutschen Volksvertretung ist es gelungen, den Abschluß der im Jahre 1919 begonnenen vollständigen Reform der Reichsfinanzen unter Ueberwindung der größten Schwierigkeiten nunmehr zu sichern. Das Ziel dieser Reform, die dem deutschen Volke schwerste Opfer auferlegt, ist, das Gleichgewicht im Reichshaushalt herzustellen. Zu diesem Zweck werden die Einnahmen aufs äußerste gesteigert und die Ausgaben auf das schärfste eingeschränkt. Außerordentliche Bedürfnisse sollen nicht mehr ausschließlich durch Ausgabe kurzfristiger Schatzwechsel, sondern soweit möglich, durch Anleihen gedeckt werden.

Vermehrung der Einnahmen

Das Aufkommen aus den Quellen der Besitzbesteuerung wird durch Ausbau des Steuersystems in den dem Reichstag zurzeit vorliegenden Gesetzentwürfen (Vermögenssteuer, Vermögenszuwachssteuer, Kapitalverkehrssteuer und Körperschaftssteuer) wesentlich erhöht. Dies geschieht, obwohl die Sachverständigen der alliierten Regierungen bereits auf der Brüsseler Konferenz vom Dezember 1920 anerkannt haben, daß die direkte Besteuerung in Deutschland keiner weiteren Steigerung mehr fähig ist.

Die Besteuerung des Besitzes nötigt in nicht geringem Umfange die Steuerpflichtigen, in die Substanz ihres Vermögens einzugreifen. Dieser Eingriff wirkt auf das Einkommen des einzelnen in einer Weise zurück, die notwendig jede Besteuerung des Verbrauches verschärft. Durch die Umsatzsteuer, die von 1½ auf 2½ Prozent und die Kohlensteuer, die nach der Vorlage der Reichsregierung von 20 auf 40 Prozent erhöht werden soll, ist Produktion und Verbrauch in schärfstem Maße vorbelastet.

In den zurzeit dem Reichstag vorliegenden Entwürfen sind wichtige Zölle und Verbrauchssteuern bedeutend erhöht. Die Zölle sollen auf der wirklichen Goldbasis erhoben werden. Unter diesen Umständen erfährt der deutsche Verbrauch in Anbetracht der geschwächten Kaufkraft der Bevölkerung eine Gesamtbelastung, die dem Druck der indirekten Besteuerung in jedem anderen Lande mindestens gleich ist. Die Durchführung der Steuergesetze ist jetzt gesichert. Die notwendige Umstellung der einzelstaatlichen Verwaltungen auf die einheitliche Reichsverwaltung ist trotz aller Schwierigkeiten im wesentlichen vollzogen. Im weiteren Umfang werden die Steuern an der Quelle erhoben. Durch strenge Verwaltungsaufsicht werden Veranlagung und Erhebung der Steuern immer mehr an den Zeitpunkt der Steuererklärungen herangerückt. Gegen Kapital- und Steuerflucht sind energische Maßnahmen getroffen. Insbesondere ist das Bankgeheimnis durch Gesetz aufgehoben. Der Wertpapierbesitz wird bei den Banken durch die Steuerbehörden überwacht. Das durch Kapitalflucht bereits ins Ausland abgewanderte Vermögen sucht die deutsche Regierung durch internationale Rechtshilfeabkommen zu erfassen. Das vorstehend in seinen Grundzügen angegebene Steuerprogramm wird in der Anlage I erörtert.

Die Tarife der Verwaltungen von Post und Eisenbahn sind nach Durchführung der bevorstehenden Erhöhung gegenüber den Tarifen der Vorkriegszeit im Durchschnitt wie folgt gesteigert:

im Eisenbahnpersonenverkehr auf das 15—19fache,
im Eisenbahngüterverkehr auf das 32fache und
im Post- und Telegraphenverkehr auf das 21fache.

Beschränkung der Ausgaben

Durch Vorschriften des Haushaltsgesetzes sind Vorkehrungen für eine Verminderung der Beamtenstellen getroffen. Die Zuschüsse für die Lebensmittelverbilligung werden nach einem besonderen Plan im Rechnungsjahr 1922 beseitigt. Sie betrugen im Rechnungsjahr 1921 rund 22,5 Milliarden Papiermark. Sie werden, falls keine weitere Entwertung der Mark eintritt, im Rechnungsjahr 1922 nur noch eine Milliarde Papiermark erfordern. Der Brotpreis wird zu diesem Zweck vom 15. Februar 1922 ab weiter um 75 Proz. erhöht. Die Erwerbslosenunterstützung durch öffentliche Mittel soll im Jahre 1922 durch eine Arbeitslosenversicherung ersetzt werden, deren Kosten überwiegend von Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragen werden. Die außerordentlichen Ausgaben der allgemeinen Reichsverwaltung sind trotz des inzwischen erheblich gesunkenen Geldwertes auf nahezu ein Drittel des Vorjahres, nämlich auf drei Milliarden Papiermark, herabgesunken. Bei den Verwaltungen der Post und Eisenbahn sind organisatorische Reformen zur Verminderung der Ausgaben im Gange, so daß vom 1. April 1922 ab die Betriebsausgaben durch Betriebseinnahmen gedeckt werden. Die außerordentlichen Ausgaben sind so knapp wie möglich bemessen. Sie betragen nur ein Drittel Prozent des Anlagewertes, während in der Vorkriegszeit 3 Proz. dafür aufgewendet werden mußten. Ein dem Reichstag vorliegender Gesetzentwurf sichert durch strenge Vorschriften die sparsame Aufstellung und genaue Einhaltung der Haushaltspläne, auf diese Weise bringt der Haushaltsplan des Reiches für 1922 zur Deckung der Ausgaben für die allgemeinen Zwecke des Friedensvertrages und die Reparationsleistungen einen Ueberschuß von 16½ Milliarden Papiermark. 103,2 Milliarden an ordentlichen Einnahmen stehen 86,7 Milliarden an laufenden Ausgaben gegenüber.

Einschränkung der schwebenden Schuld und des Notenumlaufes

Die Reichsregierung wird im Jahre 1922 die Auflegung einer inneren Anleihe versuchen, die Ende 1919 aufgelegte Sparprämienanleihe hat dem Reiche trotz Ausstattung mit den mannigfachsten Vorteilen nur 1,8 Milliarden Bargeld zugeführt. Sie muß also als Mißerfolg bezeichnet werden. Die Möglichkeit zu einer wirklich umfassenden inneren Anleihe wird erst vorhanden sein, wenn das Vertrauen in die wirtschaftliche und finanzielle Wiederaufrichtung Deutschlands wiederhergestellt und wenn feststeht, daß die Bestimmungen des Vertrages von Versailles den Dienst einer fundierten Reichsanleihe nicht beeinträchtigen können. Unabhängig von der Frage, ob für eine freiwillige Anleihe ein Markt geschaffen werden kann, wird die deutsche Regierung zur Auflegung einer Zwangsanleihe schreiten, deren Ertrag dazu bestimmt ist, der Vermehrung der schwebenden Schuld Einhalt zu tun. Zu dieser äußersten Maßnahme, die nicht wiederholt werden kann, hat sich die deutsche Regierung entschlossen, um wenigstens für 1922 die Reparationsleistungen unter möglichst geringer Inanspruchnahme der Notenpresse finanzieren zu können. Dem Bedenken, das die alliierten Regierungen aus der rechtlichen Abhängigkeit der Reichsbank vom Reichskanzler entnehmen, wird die deutsche Regierung Rechnung tragen. Sie wird dem Reichstag ein Gesetz vorlegen, durch das die zurzeit rechtlich bestehende Befugnis des Reichskanzlers zum Eingreifen in die geschäftliche Leitung der Reichsbank beseitigt und somit ihre Autonomie gesichert wird.

Ueber die gesamten Maßnahmen, die zur Ordnung der Reichsfinanzen bestimmt sind, ergeben die weiteren Anlagen dieser Note den erforderlichen Aufschluß. Die Durchführung aller dieser Maßnahmen bietet Gewähr dafür, daß für Einschränkung der schwebenden Schuld und die Stillegung der Notenpresse alles geschieht, was von der deutschen Regierung billigerweise erwartet werden kann. Die deutsche Regierung wird außerdem dafür Sorge tragen, daß genaue Statistiken über die finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands künftig wieder in der vor dem Kriege üblich gewesenen Weise veröffentlicht werden.

II.

Programm für die Leistungen des Kalenderjahres 1922

Die vorstehend dargelegte Reform des Reichshaushaltes gewährleistet die Deckung der inneren Zahlungsverpflichtungen. Sie kann jedoch eine gesunde Finanzierung der Reparationsleistungen nicht herbeiführen. Die Einnahmen des Reiches bringen in der Hauptsache nur Papiergeld, mit dem bei der nahezu völligen Entwertung der Mark die Reparationsleistungen in Goldmark nicht mehr entrichtet werden können. Die deutsche Regierung hat bereits mehrfach, zuletzt in Cannes, ausführlich die Gründe dargelegt, die zum Sturz der Mark geführt haben und die es Deutschland trotz höchster Kraftanstrengung zurzeit unmöglich machen, die gesamten Reparationsleistungen aufzubringen. In der Hauptsache sind dafür folgende Faktoren bestimmt: Rohstoffe besitzt Deutschland außer Kohle nur noch wenig. Die Produktivität, insbesondere der Landwirtschaft, ist erheblich zurückgegangen. Der unentbehrliche Einfuhrbedarf an Rohstoffen und Lebensmitteln beträgt jährlich 2½ Milliarden Goldmark. Der Wert der der Ausfuhr fiel von rund 10 Milliarden im Jahre 1913 auf rund 4 Milliarden Goldmark. Das bedeutet unter Berücksichtigung der allgemeinen Steigerung der Geld-Weltmarktpreise die Verminderung der Ausfuhr auf etwas mehr als den vierten Teil der Ausfuhr vor dem Kriege. Die Zahlungsbilanz ist jetzt mit rund 2 Milliarden Goldmark passiv. Bei passiver Zahlungsbilanz ist aber eine anhaltende Festigung der Mark nicht möglich. Unter diesen Umständen bringt jede erhebliche Zahlung in Devisen eine neue Erschütterung des Markkurses. Gleichzeitig entwertet sie alle inneren Einnahmen, steigert alle Ausgaben, vermehrt die Inflation und schwächt damit Deutschlands Fähigkeit zu Reparationsleistungen immer mehr. Wenn man das Reparationsproblem unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet, muß man zu dem Ergebnis kommen, daß es unbedingt erforderlich ist, Deutschland für längere Zeit, mindestens aber für 1922, von allen Reparationsleistungen in Bar zu befreien. Die deutsche Regierung verschließt sich jedoch nicht der Erkenntnis, daß sie unter den gegebenen Verhältnissen, selbst die schwersten Bedenken für die deutsche Wirtschaft und die Finanzen des Reiches hinter die politischen Notwendigkeiten zurückstellen. Der deutschen Regierung ist bekannt, daß von alliierter Seite in Cannes für die Reparationsleistungen Deutschlands für 1922 folgende Ziffern in Erwägung gezogen wurden: 720 Milliarden Goldmark an Barzahlungen und bis zu 1450 Millionen Goldmark an Sachleistungen. Die deutsche Regierung darf nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß Mittel zur Deckung so bedeutender Leistungen auch nach Durchführung der inneren Finanzreform zum großen Teil nur durch die Erhöhung der schwebenden Schuld beschafft werden können und daß sie mit Rücksicht hierauf bitten muß, die deutschen Barzahlungen nötigenfalls unter Erhöhung der Sachleistungen auf geringere Beträge festzusetzen, gleichviel, wie die Festsetzung der Reparationsleistung für 1922 erfolgen mag, schlägt die deutsche Regierung auf Grund der Vorbesprechungen folgendes Programm für die Art und Weise der Erfüllung vor:

a) Auf die festzusetzenden Beträge werden die Barzahlungen und Sachleistungen angerechnet, die auf die Fälligkeit vom 15. Januar und 15. Februar 1922 bereits bewirkt wurden und noch bewirkt werden. Die im Jahre 1922 danach noch zu leistenden Barzahlungen werden auf die Monate des Kalenderjahres 1922 gleichmäßig verteilt.

b) Die in fremder Währung zu erstattenden Besatzungskosten werden auf die Gesamtleistungen des Jahres 1922 verrechnet. Die in Papiermark zu leistenden Beiträge zu den Besatzungskosten werden bedeutend ermäßigt.

c) Die übrigen in fremder Währung zu tilgenden Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag, insbesondere die Lasten auf Grund des Ausgleichsverfahrens, werden im Wege besonderer Vereinbarungen auf ein erträgliches Maß zurückgeführt.

Was die Sachleistungen anlangt, gibt Deutschland erneut seiner Bereitwilligkeit Ausdruck, mit allen verfügbaren Mitteln und Kräften an der Wiederherstellung der zerstörten Gebiete mitzuwirken. In diesem Geiste wurde das Wiesbadener Abkommen abgeschlossen. Die deutsche Regierung ist bereit, auch mit anderen alliierten Regierungen Abkommen über Sachlieferungen abzuschließen. Bei Bemessung der Sachlieferungen muß in Betracht gezogen werden, daß auch sie Goldzahlungen erfordern, soweit dazu ausländische Rohstoffe gebraucht werden. Die deutsche Regierung bittet, daß die Sachleistungen für jedes beteiligte Land getrennt festgesetzt und daß sie nur insoweit angefordert werden, wie sie für das Jahr 1922 wirklich gebraucht werden können.

III.

Die deutsche Regierung ist der Meinung, daß die Regelung der Reparationsleistungen für 1922 allein nur den ersten Schritt auf dem Wege zur Lösung des Reparationsproblems bedeutet.

Das Programm für 1922 beruht auf einem System, das, wie die vorliegenden Erfahrungen ergaben, die deutsche Reparationsfähigkeit empfindlich schwächt. Monatlich oder vierteljährlich wiederkehrende Reparationszahlungen in fremder Währung hindern Deutschland, seine Finanzen in Ordnung zu bringen. Es scheint daher im Interesse aller beteiligten Länder geboten, für die deutschen Reparationsleistungen auf einer anderen Grundlage auf längere Zeit Vorsorge zu treffen. Dies soll schleunigst geschehen, da die Ungewißheit darüber, wie vom Jahre 1923 ab die deutschen Leistungen erfolgen sollen, auf die wirtschaftliche und finanzielle Lage nicht nur Deutschlands, sondern auch der alliierten Länder lähmenden Einfluß ausübt. Deutschland wird zur Leistung der Reparation nur dann imstande sein, wenn der Kredit des In- und Auslandes zu Finanzoperationen großen Stils in Anspruch genommen wird. Zurzeit wird aber die Kreditwürdigkeit Deutschlands weder von dem innoch von dem ausländischen Anlagekapital anerkannt. Es fehlt allgemein das Vertrauen, daß Deutschland imstande sein werde, unter den jetzt gegebenen Bedingungen wirtschaftlich so zu erstarken, daß es als zahlungsfähiger Schuldner für eine große Reparationsanleihe angesehen werden kann. Das Vertrauen der Welt in Deutschlands Zahlungsfähigkeit wiederherzustellen, ist Vorbedingung für eine befriedigende Lösung des Problems.

Die deutsche Regierung bittet daher die Reparationskommission, diesen Erwägungen ihre besondere Aufmerksamkeit zu schenken, damit ein Weg gefunden werden kann, der Deutschlands Kredit im In- und Ausland wiederherstellt und eine große Reparationsanleihe durch internationales Zusammenwirken unmöglich macht.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung. (gez.) Dr. Wirth.

Anlage 1. Ein Ueberblick über das Steuersystem, die Durchführung der Steuergesetze, die Maßnahmen zur Bekämpfung der Kapitalflucht mit Tabellen über die steuerliche Belastung im Vergleich mit England und Frankreich.

Anlage 2. Uebersicht über den Abschluß des Haushaltsplanes für 1922.

Anlage 3. Uebersicht über die bei der Post und Eisenbahn durchgeführten und geplanten Reformen.

Anlage 4. Programm für die Beseitigung der Zuschüsse zur Verbilligung der Lebensmittel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192201291-19/fragment/page=0001

Um die Koalitionsverbreiterung

In mehreren Berliner Blättern tauchen mehr oder weniger bestimmte Vermutungen von einer unmittelbar bevorstehenden Umbildung der Reichsregierung durch Eintritt volksparteilicher Abgeordneter in das Kabinett Wirth auf. Wie wir hierzu aus parlamentarischen Kreisen erfahren, handelt es sich hierbei vorläufig lediglich um Gerüchte und Kombinationen, die jeder tatsächlichen Grundlage entbehren.

Andererseits steht allerdings eine Verbreiterung der augenblicklichen Regierungskoalition im Reich insofern bevor, als gestern die demokratische Fraktion beim interfraktionellen Ausschuß beantragt hat, von nun an wiederum als Regierungspartei angesprochen zu werden, da inzwischen alle Voraussetzungen, sich nicht aktiv an der Regierungspolitik zu beteiligen, fortgefallen seien.

Weiter erfahren wir über diese Angelegenheit und was damit zusammenhängt:

Neuerdings steht die Frage der persönlichen und sachlichen Garantien, die von der Deutschen Volkspartei während der Steuerverhandlungen verlangt wurden und von Dr. Becker-Hessen besonders unterstrichen worden sind, wieder im Vordergrunde der Erörterungen. Es ist ein offenes Geheimnis, daß man innerhalb der Volkspartei, aber auch der Demokratie, versuchen will, einen Personenwechsel, besonders auch im Reichspost- und Reichsverkehrsministerium herbeizuführen. Man hält eine Gesundung unserer Reichsbetriebe in diesen Kreisen nur dann für denkbar, wenn an der Spitze dieser Ministerien Männer stehen, deren Sachkunde und Entschlossenheit eine Gewähr bieten für eine wirkliche Sanierung der Eisenbahnen und der Postverwaltung. Es haben bereits mehrfach Besprechungen von Vertretern der Deutschen Volkspartei und der Demokratie mit der Regierung stattgefunden.

Die Frage der Koalitionserweiterung steht — das kann nicht scharf genug betont werden — vorläufig noch vollkommen im Hintergrund. Es wird übersehen, daß die Mehrheitssozialdemokratie während der Steuerverhandlungen einen Beschluß faßte, nach dem sie nicht bereit ist, eine Regierungserweiterung nach rechts mitzumachen.

Die „Voss. Ztg." glaubt indessen die Rede Becker nicht nur in der oben angeführten Weise, sondern auch nach der Seite der Koalitionserweiterung ausdeuten zu können, wenn sie schreibt: „Die Andeutungen, die der Abgeordnete Becker-Hessen als dergeziter Führer der Deutschen Volkspartei in seiner gestrigen Rede über persönliche und sachliche Garantien für die Ausführung des Steuerkompromisses gemacht hat, sind sehr verschieden aufgefaßt worden. Während die einen aus den Worten des ehemaligen hessischen Finanzministers lediglich den Wunsch herauslasen, unbedingt sichergestellt zu sehen, daß die durch die Zwangsanleihe aufgebrachten Gelder nicht für allgemeine Budgetzwecke verwandt und daß die Reichsbetriebe finanziell sowie wirtschaftlich in Ordnung gebracht und gehalten werden, sah man von anderer Seite in seinen Ausführungen die Ankündigung, daß ohne große Regierungskoalition die Deutsche Volkspartei ihre endgültige Zustimmung zu dem Kompromiß nicht geben werde. Dafür daß die letzte Auffassung den tatsächlichen Verhältnissen am nächsten kommt, spricht vieles. Insbesondere scheint die Deutsche Volkspartei bereits Gelegenheit genommen zu haben, ihre Meinung über die Besetzung eines sehr wichtigen Ministerpostens deutlich zum Ausdruck zu bringen. Daraus geht hervor, daß sie eine Umbildung des Kabinetts ohne ihre Mitwirkung für ausgeschlossen hält."

Preußischer Landtag

w. Berlin, 28. Januar.

In der Aussprache über den Grundsteuergesetzentwurf nimmt als erster Redner

Abg. Hanschild (S. P. D.) das Wort, stimmt für seine Fraktion grundsätzlich der Grundsteuer zu und erklärt, den Willen seiner Freunde, im Ausschuß an der Verbesserung der Steuer mitzuarbeiten.

Abg. Grove (Zentrum) erklärt, das Zentrum werde an dem Gesetzentwurf im Ausschuß mitarbeiten. Er beantragt die Einrichtung eines besonderen Ausschusses von 29 Mitgliedern.

Abg. Prayer (Dn.) hält die Einführung einer staatlichen Grundsteuer nicht für notwendig, aber seine Fraktion werde trotzdem die Vorlage nicht zurückweisen. Notwendig sei aber eine Prüfung der wirtschaftlichen Wirkung dieser Steuer. Die Grundsteuer müsse als reine Ertragssteuer an die Stelle der alten treten und allein den Gemeinden zugute kommen.

Abg. Leidlich (D. Vpt.) ist mit der Ueberweisung an einen besonderen Steuerausschuß einverstanden. Die Notwendigkeit der Beschaffung neuer Mittel für den preußischen Staat sei anzuerkennen. Die deutsche Volkspartei wolle keinesfalls eine Steuer bewilligen, die die Produktion erdrückt. Die Abwälzbarkeit müsse den Hausbesitzern garantiert und gesetzlich ermöglicht werden.

Abg. Wick (U. S.) lehnt die Steuer ab, da sie die Besitzlosen trifft und auf die Mieter abgewälzt werden soll.

Abg. Katz (Komm.) bekämpft gleichfalls die Vorlage.

Eine größere Zahl von Eingaben wird dann ohne Erörterung nach den Anträgen der Ausschüsse erledigt. Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung Dienstag, den 7. Februar, 1 Uhr nachmittags. (Große Anfragen über die Erschließung neuer Steuerquellen für die Gemeinden, Vereinigung Madetzki mit Preußen, Entschädigung der aus Polen vertriebenen Ansiedler).

Schluß 7¾ Uhr.

Katz und Maus

Eine heitere Szene spielte sich gestern während der Beratung über die Grundsteuern im Landtag ab. Plötzlich rannte ein Mäuslein vom Zentrum her mit Richtung auf Präsidium und Rednertribüne. Oben sprach gerade der Kommunist Katz. Kein Wunder, daß die Maus in fürchterliche Verwirrung geriet und sofort nach der linken Seite des Hauses abbog. Hier beteiligten sich die wenigen Landsbeuten, die trotz der Mittagszeit im Saale ausharrten, eifrig an der Jagd. Das Mäuslein endete schließlich unter dem breiten Absatz eines kommunistischen Abgeordneten.

Deutscher Reichstag

w. Berlin, 28. Januar.

Die Aussprache über die Interpellation betreffend den Wagenmangel bei der Reichseisenbahn wird fortgesetzt.

Abg. Peter (U. S. P.): Der Minister sollte alles tun, um dem Wagenmangel zu begegnen, denn die Industrie und ihre Presse haben ein Interesse daran, die Eisenbahn in Mißkredit zu bringen und die Entstaatlichung herbeizuführen.

Abg. Schumann (Soz.): In die vernichtende Kritik in der Eisenbahnverwaltung kann ich nicht einstimmen. Die Eisenbahnen sind durch den Krieg in erster Linie durch die Krise der Interpellanten heruntergewirtschaftet worden. Die Eisenbahn ist auch künftig als Reichseisenbahn beizubehalten und zu verwalten. Eine Zusammenlegung ist zu vermeiden. Die Verwaltung muß moderner und zweckmäßiger eingerichtet werden und die bureaukratischen Grundsätze müssen zugunsten der kaufmännischen verschwinden.

Ministerialrat Sommerlatte: Eine Beschleunigung des Wagenumlaufes ist dringend notwendig, dazu muß schnellste Entladung und Beladung treten. Die Interessenten dürfen sich aber nicht schematisch an den Achtstundentag klammern, wenn es heißt, die Waggons zu räumen.

Abg. Merk (D. Vp.): Gerade Bayern leidet unter dem Wagenmangel, besonders die kleinen Bauern und Kleingewerbetreibenden sind aber gar nicht in der Lage, einen Waggon an einem Tag auszuladen.

Abg. Dr. Külz (Dem.): Wir erkennen an, daß die Verwaltung bemüht ist, Besserung zu schaffen. Es steht aber der frische Zug infolge zu großer Zentralisation. Wilde Streiks müssen verhindert werden. Bei dem wilden Streik in Dresden hat der dortige Präsident der Generaldirektion Maßnahmen ergriffen und Entlassungen angedroht. Diese Maßnahmen sollen vom Minister niedergeschlagen worden sein. (Lautes Hört! Hört!)

Minister Groener: Im Dresdener Streik sind von mir klare und scharfe Abweisungen ergangen, sie sind eigenmächtig erheblich gemildert worden. Ich wollte, daß die Entlassungen aufrechterhalten bleiben. Stattdessen wurde die Entscheidung vom Präsidenten verlängert.

In seinem Schlußwort verteidigt Schröter-Liegnitz (Dn.) die Beamten gegen den Vorwurf, den Wagenmangel verursacht zu haben.

Damit schließt die Besprechung.

Es folgt der Bericht des Beamtenausschusses betreffend die Grundsätze für die Beamtenaufbahn. Eine Entschließung des Ausschusses, derzufolge früheren Entschließungen des Reichstages über die Aufstellung von Grundsätzen für die künftige Laufbahn der Beamten allen Reichsverwaltungen und Ländern schleunigst Folge geleistet werden soll, wird angenommen, desgleichen wird eine Empfehlung des Ausschusses für Bildungswesen angenommen, die Reichsregierung zu ersuchen, mit den Ländern darüber zu verhandeln, daß in den höheren Lehranstalten die Sprache der Nachbarländer gepflegt und namentlich der Frage der spanischen Sprache in den hohen Lehranstalten besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Nächste Sitzung Montag nachmittag 2 Uhr.

Tagesordnung: Erste Lesung des Etats.

Ein Zwischenfall in Washington

London, 28. Januar.

Einer Washingtoner Depesche der „Morning Post" zufolge lehnte Präsident Harding es in den letzten Tagen zweimal ab, den französischen Botschafter Jusserand zu empfangen. Das erstemal verwies er den französischen Botschafter an das Staatsdepartement. Trotzdem machte Jusserand einen zweiten Versuch, wurde aber auch diesmal ablehnend beschieden. Jusserand begab sich darauf in das Staatsdepartement, wurde aber nicht vom Staatssekretär Hughes, sondern vom Unterstaatssekretär empfangen. Jusserand empfand diese Beleidigung um so tiefer, als er nicht nur französischer Botschafter in Washington, sondern auch Senior des dortigen französischen diplomatischen Korps ist. Er betonte sein Recht auf eine Audienz beim Präsidenten, doch lehnte es das Staatsdepartement ab, diese Rechte nachzuprüfen. Grundverschieden von dieser Haltung des Präsidenten ist die, die er dem englischen Botschafter in Washington, Auckland Geddes, gegenüber an den Tag legte: Vorgestern fand ein großer Ball statt, den der Botschafter Geddes in Begleitung seiner Gemahlin besuchte. Präsident Harding, der gleichfalls anwesend war, begab sich in die Loge des englischen Botschafters und bat ihn, Frau Geddes Gesellschaft leisten zu dürfen, während er, Geddes, die Loge der Frau Harding aufsuchen und sie unterhalten wolle. Präsident Harding vermieb, wie die „Daily Mail" meldet, nach Schluß der gestrigen Kabinettssitzung, irgend etwas Endgültiges über die Annahme oder Ablehnung der Einladung zu der Konferenz in Genua zu sagen. Er bemerkte jedoch, es sei äußerst schwierig, eine Entscheidung zu treffen, da die Vereinigten Staaten zu der Konferenz in einem anderen Verhältnis stünden als die übrigen Nationen. Im Weißen Hause wurde erklärt, daß die amerikanische Regierung der Konferenz in Genua keine Schwierigkeiten bereite und nicht versuche eine Verschiebung zu erlangen.

Washington, 28. Januar.

Der permanente Ausschuß der Abrüstungskonferenz hat beschlossen, die Prüfung der Regeln für die Kriegsführung einer neuen Konferenz zwischen den fünf Mächten vorzubehalten. Jede Macht soll zwei Vertreter ernennen, die zusammen einen internationalen Ausschuß bilden.

Glückwünsche im Haus Doorn

Amsterdam, 28. Januar.

Anläßlich des Geburtstages des Kaisers wurden im Hause Doorn zahlreiche Blumenspenden abgegeben. Besonders zahlreich waren die Glückwunschtelegramme, die der Kaiser aus Deutschland erhielt. Auch aus Holland und von vielen Auslandsdeutschen sind telegraphische Glückwünsche eingelaufen. Als Gäste weilen zurzeit die Schwester des Kaisers Fürstin von Solms, und sein Bruder Heinrich in Amerongen.

th. Ein neuer Entwurf über die Abfindung des Hauses Hohenzollern mit dem preußischen Staate ist im Staatsministerium fertiggestellt. Der alte Entwurf fand keine Zustimmung bei den Linksparteien, der neue Entwurf wahrt etwas mehr die Interessen des Staates, beruht aber im wesentlichen auf den alten Abmachungen mit der Krone, dürfte also kaum bei den Linksparteien Unterstützung finden. Sollte auch dieser Entwurf Ablehnung finden, so würde die Krone ihre Rechte auf dem Prozeßwege wahren müssen. Der Entwurf wird im Februar dem Staatsrate zugehen.

Barenberg Söhne

18] Roman von Nora Bergmann.

Amerikanisches Copyright 1921 by Carl Duncker, Berlin.

Langsam stieg eine tiefe Röte in das zarte Antlitz des jungen Mädchens. Eigentümlich zitterte die Hand, die die Gabel zum Munde führte. Kein Wort des Dankes kam über die jungen Lippen. Doch Eberhard begehrte dieses auch nicht. Merkwürdig leuchtend hingen seine Augen an dem jungen, schönen Menschenkinde.

„Na, erlaube mal", rief Ulla jetzt in ihrer so lebhaften Art über den Tisch, „das finde ich aber nicht nett von dir, Sonnenscheinchen, alle andern, die dich lieb haben, mit solcher Kaltblütigkeit zu übergehen."

„Oh, Tante Ulla, das darfst du nicht glauben, daß ich dich nicht lieb habe", Ruth wollte nie jemand kränken, „aber ich meinte nur, Großmama, Onkel Eberhard und" — — Verwirrt hielt sie plötzlich inne. Ohne aufzusehen, fühlte sie in diesem Augenblick wieder jenen leuchtenden Blick und wie in Rosenglut getaucht, erschien das junge Gesicht.

„Schon gut, kleine Ruth", entgegnete Ulrika rasch, die die seltsame Verwirrung des jungen Mädchens falsch deutete. Unendlich liebevoll nickte sie dem Sonnenscheinchen zu.

„Gelt, Ruthchen, du hast uns alle lieb", sagte Frau Geheimrat Jänisch begütigend.

„Ja, Großmama Jänisch, ich habe euch alle lieb, denn ihr seid ja die Heimat", antwortete Ruth lebhaft. Sie hatte ihre augenblickliche Verlegenheit jetzt überwunden.

„Bravo", rief Gerd Jänisch, der zur Linken des Sonnenscheinchens saß. „Und nun laßt uns anstoßen, auf alles, was wir lieben, auf die Heimat!" Hell klangen die Gläser aneinander.

Als aber Eberhard mit Ruth anstoßen wollte, vermied sie scheu seinen Blick. Da ergriff ihn eine unerklärliche Gereiztheit. „Ruth", sagte er zürnend, und in plötzlich aufwallender Heftigkeit stieß er sein Glas hart an das ihrige. Mit leise klirrendem Laut zersprang der Kelch in der Hand des jungen Mädchens.

„Glück und Glas, wie leicht bricht das" rief Gerd Jänisch lachend.

Seltsam erbleichte Eberhard bei den Worten des Schwagers.

„Ach Unsinn, Gerd, Scherben bringen Glück", war Frau Jänisch's schnelle Entgegnung. Sie liebte nun einmal unheilvolle Prophezeihungen nicht, namentlich nicht im fröhlichen Kreise.

„Na also! Auf unsers Sonnenscheinchens Glück!" Gerd Jänisch hob sein Glas.

Noch einmal stießen die Gläser klingend aneinander.

„Ruth" sagte Eberhard jetzt leise bittend. Da schlug sie den Blick voll zu ihm auf, und für die Dauer einer Sekunde wurzelten beider Blicke fest ineinander.

Und dann stand man von Tisch auf. In Ruths Herzen aber war plötzlich ein jubelndes Singen und Klingen. — Uebermütig neckte sie sich mit Onkel Gerd: beide waren von jeher gute Freunde gewesen.

„Ruth", unterbrach plötzlich Frau Barenbergs Stimme das helle Lachen des jungen Mädchens, „du könntest eigentlich mal etwas singen. Onkel Eberhard könnte dich ja begleiten." — — —

Die Enkelin schien die letzten Worte der Großmutter nicht mehr gehört zu haben. Aber gleich darauf erklang aus dem nebenangelegenen, großen Musikzimmer das reizend schlichte „Guten Abend, gute Nacht", von Brahms.

Ganz dunkel war's in dem großen Raum. Nur ein fahler Mondstrahl fiel durch das Fenster, die zarte Mädchengestalt am Flügel — in seinen silbernen Schleier hüllend. Ruth liebte dieses im Dunkeln musizieren. Schon als Kind hatte sie sich oft des Abends ins Musikzimmer geschlichen, um Melodien, die sie mal irgendwo gehört, nachzuspielen.

Doch während sie jetzt sang, zauberte die Erinnerung plötzlich ein Bild vor ihre Seele — — woran sie schon lange nicht mehr gedacht — vielleicht nicht hatte denken wollen. Und mit dieser Erinnerung verstummte plötzlich alles Singen und Klingen ihres jungen Herzens — und nichts blieb zurück als dieses merkwürdige Angstgefühl, das sie schon so oft empfunden. — —

Und dann war das kleine Lied zu Ende. — Langsam schloß Ruth den Flügel und ging zu den andern.

„Aber Sonnenscheinchen, du mußt noch mehr singen", bat die Großmutter, zärtlich die Hand des jungen Mädchens streichelnd.

„Ich bin so müde, Großmama", sagte Ruth leise, und ein seltsam trauriges Lächeln spielte dabei um die jungen Lippen.

Allen fiel die Veränderung in Ruths Wesen auf. Doch Ruth wehrte allen besorgten Fragen.

„Mir ist wirklich gar nichts. Nur ein wenig müde und abgespannt bin ich von der weiten Reise. Das ist alles." —

Als sie dann aber wirklich in dem schmalen, weißlackierten Mädchenbett lag, wollte der erquickende Schlummer trotz aller Müdigkeit nicht kommen. Aus allen Ecken des Zimmers krochen langsam die Geister der Vergangenheit — klopften an — begehrten Einlaß. —

Und wieder sah sich Ruth an dem Flügel der Mme. Meunier und wieder sang sie das Brahmsche „Wiegenlied". In Montreux war's gewesen, kurz nach Weihnachten. An diesem Winternachmittag herrschte schon tiefes Dunkel in dem Zimmer. Ruth hatte gewöhnt, allein zu sein. Doch als sie geendet, erhob sich plötzlich aus einem der tiefen Sessel eine Gestalt. — Ein heißer Schreck durchfuhr das Herz des jungen Mädchens. Aber da fühlte Ruth auch schon ihre Hände ergriffen und hörte eine vor Leidenschaft bebende Stimme: „Ruth, Sie wissen wie sehr ich Sie liebe, geben Sie mir endlich die Gewißheit ihrer Gegenliebe."

In diesem Augenblick öffnete sich die Tür. Heller Lichtschein flutete herein. „Ruth bist du hier, mein Liebling" hörte sie Gisela von Geldern rufen. — Wie eine Erlösung war ihr in jenem Augenblick die Freundin erschienen.

Des Abends aber, als Gisela schon lange das Licht gelöscht, hatte diese sich plötzlich von ein paar jungen Armen umschlungen gefühlt, und unter heißen Tränen beichtete Ruth ihr das Erlebnis.

„Aber Herzchen, das ist doch nicht weiter schlimm. Hans Christian hat dich lieb, und du, meine liebste Freundin, wirst meines einzigen Bruders Braut. Aber der Tollkopf hat mein armes, scheues Schäfchen erschreckt." Und zärtlich mütterlich hatte das selbst noch so junge Mädchen sie zu beruhigen versucht. — —

Am nächsten Morgen war der junge Graf Geldern abgereist. Beim Abschied hatte er Ruth die Hand geküßt und leise geflüstert: „Leben Sie wohl, kleine Ruth. Im Fluge holte ich mir die Antwort. — — —

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192201291-19/fragment/page=0002

aus Mitteldeutschland

Ueber einen Wunderdoktor

Bad Homburg v. d. H., der aus Sömmerda gebürtig sein soll und dessen Rat auch von Kranken aus hiesiger Gegend viel in Anspruch genommen wird, wissen die „Blätter für Biolog. Medizin" folgendes zu berichten:

„Gustav Adolf Müller-Egerndy ist ein Paranoiker (Verrückter), der seit mehr als einem Jahr Süddeutschland unsicher macht. Sich selbst bezeichnet er als den „Heiland", das deutsche Volk aber als eine Herde von Räubern, Verbrechern, Mördern und Dummen, die eigentlich nicht wert seien, daß er sie heile. Müller behauptet, daß er fortgesetzt „Massenheilungen" an Blinden und Lahmen vollbringe. In seiner Zeitung „Das deutsche Blatt" sind die wildesten „Danksagungen Geheilter" zu lesen. Ueber Müller, der in einem kostbaren Wohnauto herumreist, wird viel Ergötzliches berichtet. Sein Wohnhaus in Bad Homburg v. d. H. ist mit dreifachem Drahtverhau umgeben, da er sich von Mördern bedroht glaubt. Die dortigen Behörden haben festgestellt, daß er Tageseinnahmen von 10 000 Mk. hat. Er wendet sich „an die, die nicht alle werden". Der „Heiland" droht allen, die nicht an „Ihn" glauben, einen schrecklichen Tod an, er könne nämlich aus der Ferne töten, durch die bloße Macht seiner Gedanken, selbst wenn er es nicht beabsichtige!!! Jedenfalls ein sonderbarer Heiland, dieser Müller-Egerndy. Sein Heilkollege, Schäfer Ast, war dagegen der reinste Salonmensch."

Wie die „Dankschreiben" zustande kommen, wolle man aus nachfolgender Meldung aus Reinsdorf (Kreis Eckartsberga) ersehen: Es war mitgeteilt worden, daß der Schuhmacher Werner von hier bescheinigt hat, durch eine Augenblicktat des Wunderdoktors Müller-Egerndy in Homburg von seiner Blindheit geheilt zu sein. Das Colledaer Landratsamt hat nachgeforscht, welche Bewandnis es mit dieser Sache hat. In einer amtlichen Vernehmung kam zur Sprache, daß Werner, der durch eine schwere Operation fast gänzlich erblindet ist, durch das Geschwätz des Müller derart erregt worden sei, daß es ihm „so gewesen ist, als könne er etwas sehen." Diesen Moment habe der schlaue Wunderdoktor dazu benutzt, ihm sogleich ein Zeugnis abzulocken. In Wirklichkeit habe er aber nichts sehen können, wie er ja auch heute ebenso blind ist, wie vor seiner Reise nach Homburg!

Die Landwirtschaft Mitteldeutschlands

Im letzten Heft der „Mitteldeutschen Nachrichten" (Geschäftsstelle Halle, Merseburgerstraße 1; Postschließfach 165) werden die vom Wirtschaftsverband Sachsen-Anhalt angestellten wirtschaftsstatistischen Untersuchungen über das mitteldeutsche Wirtschaftsleben fortgesetzt. Reichhaltiges Tafelwerk gibt diesmal ein anschauliches Bild über die landwirtschaftlichen Verhältnisse in der Provinz Sachsen, den Ländern Anhalt, Thüringen und Braunschweig. Auch diese statistischen Zusammenstellungen lassen deutlich den einheitlichen Charakter des mitteldeutschen Wirtschaftsgebietes erkennen.

---

h. **Zeitzenberg** (Kr. Torgau), 27. Januar. (Harte Schicksalsschläge.) Im Krankenhause zu Torgau verstarb die 18jährige Tochter des Zugführers a. D. Hanisch von hier. Nach Rückkehr Hanischs von Torgau entfernte er sich nochmals aus seiner Wohnung, er wurde aber von seinen Angehörigen wieder zurückgeholt. Kurz darauf wollte Hanisch wiederum das Haus, in dem außer seiner Familie ein verheirateter Sohn und zwei verheiratete Töchter wohnen, verlassen. Als er zurückgehalten wurde, zog er einen Revolver, den er sich erst in Torgau gekauft hatte und schoß blindlings los. Der Schuß traf den ältesten Sohn Otto, dieser brach sofort tot zusammen, die Kugel war dem Unglücklichen durch den Mund in den Kopf gegangen. Er war verheiratet und Vater von fünf Kindern. Ein zweiter Schuß ging fehl. Hanisch sen. wurde bald nach der Tat verhaftet.

— **Wittenberge**, 28. Jan. (Wittenberge will kreisfrei werden.) Die Verhandlungen über das Ausscheiden der Stadt Wittenberge aus dem Kreise Westprignitz, die bisher zwischen den Vertretern der Stadt und des Kreises stattfanden, sind ergebnislos verlaufen. Landrat Willigmann hat es abgelehnt, in die Auseinandersetzungsverhandlungen einzutreten, da die Stadt nach seiner Auffassung nicht ausscheiden könne, weil die erforderliche Einwohnerzahl noch nicht vorhanden sei. Wittenberge hat aber nahezu 26 000 Einwohner. Die Vertreter der Stadt Wittenberge haben weitere Schritte in dieser Frage beraten. Die Kreistagsabgeordneten der Stadt haben einen Antrag formuliert, wonach der Landrat aufgefordert wird, sobald wie möglich den Kreistag einzuberufen, um über das Ausscheiden der Stadt Wittenberge beschließen zu können. Eine vom Regierungspräsidenten angesetzte Verhandlungstermin wurde inzwischen abgesagt, da der demnächst einzuberufende Kreistag erst einen Ausschuß wählen soll, der mit den von Wittenberge entsandten Vertretern die weiteren Verhandlungen führen soll.

tzk. **Buttstädt**, 27. Jan. (Der Anschluß unserer Stadt an Preußen) wurde in der jüngsten Versammlung des hiesigen Gewerbevereins erörtert. Die Ursache ist, so schreibt die „Buttstädter Zeitung", die stiefmütterliche Behandlung unserer ohnehin schon halb in Preußen gelegenen Stadt, ferner die unglücklichen politischen und nichtpolitischen Maßnahmen unserer heutigen Regierung. Die Landbevölkerung trägt sich schon länger mit dem Ausscheiden aus Thüringen und hat sich dieser Gedanke bereits tief eingewurzelt. Der Gesamtvorstand des Gewerbevereins wurde beauftragt, mit der Stadtvertretung und der Kommission der Landbevölkerung, die die Frage bearbeitet, zu verhandeln.

— **Kassel**, 23. Jan. (Der „Einbrecherkönig" von Kassel.) Die Polizei hat den „Einbrecherkönig" von Kassel, den früheren Kaufmann Heinrich Eckel, festgenommen. Er war das Haupt einer ganzen Räuberbande, und es werden ihm mehr als 100 Einbrüche zur Last gelegt. Die Polizei hatte ihn wiederholt umzingelt, aber stets entkam Eckel durch einen Sprung durchs Fenster. Noch vor einigen Wochen rettete er sich durch einen solchen Sprung, nachdem er durch einen Schuß verwundet worden war. Unter falschem Namen ließ er sich in einem Krankenhaus aufbeilen. Jetzt wurde er in angetrunkenem Zustande auf einer Festlichkeit überrumpelt und gefesselt, bevor er zum Schuß kommen konnte.

— **Leipzig**, 28. Jan. (Durch ein Großfeuer) in der Butzener Beleuchtungskörperfabrik Walther u. Illgen wurde an den Gebäuden, Rohstoffen und Fertigfabrikaten Millionenschaden angerichtet. Die Löscharbeiten wurden durch die Kälte außerordentlich erschwert. Infolge des herrschenden Windes war eine Zeitlang die ganze Aufstadt bedroht. Die Entstehungsursache des Brandes ist noch nicht festgestellt; doch soll Brandstiftung nicht ausgeschlossen sein.

Volkswirtschaftlicher Teil

Neugründungen und Kapitalserhöhungen im Jahre 1921

Das Jahr 1921 hat mit der zunehmenden Verschlechterung unserer Mark eine recht erhebliche Zunahme von Neugründungen unter starker Kapitalsbeanspruchung zur Ausnutzung der Konjunktur, andererseits aber auch eine Reihe von Kapitalserhöhungen schon bestehender Gesellschaften zwecks Angleichung des Aktienkapitals an den Markwert, zum Teil auch zur „Abwehr drohender Ueberfremdungsgefahr" gebracht.

Nachstehend bringen wir nach den monatlichen Zusammenstellungen der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik" einen Ueberblick über die Entwicklung der Gründungs- und Kapitalserhöhungstätigkeit im Jahre 1921 für Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung.

Die erste Tabelle faßt die A.-G. und G. m. b. H. in Vierteljahren zusammen und weist auch die benötigten Kapitalmengen aus. Besonders auffallend ist die starke Zunahme der Gründungen von A.-G. im letzten Vierteljahr, die wahrscheinlich mit der Steuerpolitik des Reiches im Zusammenhang stehen. Aus der zweiten Tabelle, die die Zahl der Neugründungen von Aktien-Gesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung nach Monaten angibt, ersieht man diese Steigerung noch deutlicher, indem hier der letzte Monat des Jahres dreimal soviel neugegründete A.-G. aufweist wie der Januar.

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
Aktiengesellschaften	73	70	58	99	74	72
G. m. b. H.	1060	984	883	1180	951	968
	Juli	August	Sept.	Oktober	Nov.	Dez.
Aktiengesellschaften	89	85	81	100	130	244
G. m. b. H.	1074	864	833	882	937	1098

Neugründungen

	Aktiengesellschaften Zahl	Aktiengesellschaften nom. Kapital Mill. ℳ	G. m. b. H. Zahl	G. m. b. H. nom. Kapital Mill. ℳ
1. Vierteljahr .	201	761,2	2942	1560,1
2. Vierteljahr .	245	793,8	3009	563,3
3. Vierteljahr .	265	824,8	2807	355,0
4. Vierteljahr .	474	2117,9	2917	4022,8
Zusammen . .	1175	4497,7	11755	2881,1

Kapitalserhöhungen

1. Vierteljahr .	690	4091,2	673	411,2
2. Vierteljahr .	601	3846,9	697	357,3
3. Vierteljahr .	525	3321,4	544	309,5
4. Vierteljahr .	801	5719,4	654	429,9
Zusammen . .	2617	17081,9	2579	1508,9

Hervorragende Neugründungen von A.-G. Nachweisungen vor): die Isar-A.-G. (mit 75 Mill. M.), die Walchensee-A.-G. (50), Ulstein-A.-G. (20); März: Rheinische Versicherungs-A.-G. (12), Sächsisch-Thüringische Versicherungs-A.-G. (10); April: Selve-A.-G., Altena (16), Teppich-Zentrale A.-G., Leipzig (15), Grünfeld-Holzverwertungs-A.-G., Beutken (12); Mai: Bayern-Werk-A.-G. (100), Inag (25), Zellstoffwerk, Regensburg, A.-G. (20); Juni: Mansfeldsche Kaliwerke A.-G. (25), A.-G. für Webwaren und Bekleidung, Breslau (20), Aquila, A.-G. für Handel- und Industrieunternehmungen, Frankfurt (Main) (19,5); Juli: Badische Landes-Elektrizitätsversorgungs-A.-G., Karlsruhe (30), Geb. Alsberg, A.-G. (25), Farwerke A.-G. (20); August: Dessauer Werke für Zucker und Chemische Werke A.-G. (25), Kleco A.-G., Frankfurt (Main) (20), Akaniawerke A.-G., Dessau (20); September: Marschel Frank Sachs A.-G., Chemnitz (26), Bassserkontor A.-G., Berlin (10); Oktober: F. W. Krause u. Co., Bankgeschäft in Berlin (22), Süddeutsche Holzverwertungs-A.-G. (15), Schmelzhafalt A.-G. (15); November: Neckar A.-G., Stuttgart (300), Schloßgarten A.-G. Stuttgart (96), Frankenwerke, Kommanditges. a. Akt., Bremen (95), Westfälische Bergwerks- und Kohlenverwertungs-A.-G. (25); Dezember: Steinkohlenbergwerke Becker u. Co., Krefeld (100), H. C. Stark, Berlin (75), Alf. Fester u. Co., Düsseldorf, Kommanditges. a. Akt. (50).

Größere Neugründungen von Gesellschaften mit beschränkter Haftung sind vorgenommen: im April: Matth. Stinnes G. m. b. H. (20), Silvese G. m. b. H. (14,5); im September: Austria Tabakwaren G. m. b. H. (12); im Dezember: Wiederaufbau-Gesellschaft für Realkredit m. b. H., Berlin (53).

Bedeutende Kapitalserhöhungen nahmen Aktiengesellschaften vor: im Februar: Siemens u. Halske um 134 Mill. M., Gelsenkirchner Bergwerk (130), Deutsch-Luxemburg (130); März: Nordd. Lloyd (125), Daimler Motoren (100), Ostpreußische Kraftwerke (89), Bayerische Hypotheken- und Wechselbank (52); April: A. E. G. (300), Barmer Bankverein (49,7), Hamburger Handelsbank (49), Kabelbaum (41,5); Mai: Farbwerke Meister (178), Linke-Hofmann (56), Hanag (50), Knorrbremse (50); Juni: Farbenfabr. Bayer u. Co. (178), Bad. Anilin (178), Bayerische Vereinsbank (158), Lothr. Hütten- und Bergwerksverein (53), Agfa (53); Juli: Diskont-Ges. (90), Südd. Diskonto-Ges. (50), Deutsche Dampfschiffahrts-Ges. Kosmos (46), Hamburgische Elektrizitätswerke (44), Bronn, Boverie u. Cie. (40), Deutsch-Australische Dampfschiffs-Ges. (40); August: Phönix A.-G., Hörde (159), Dresdner Bank (60), Hapag (50), A.-G. für Petroleum-Industrie, Berlin (50); September: Allg. Bankverein A.-G., Berlin (39,8), Rhein. Metall- und Maschinenfabrik (94,8), Elberfelder Textilwerke A.-G. (60), Stahl- und Walzwerk Henningsdorf A.-G. (49), Adler u. Oppenheimer A.-G. (48), Eisen- und Stahlwerk Hoesch (45); Oktober: Elektrowerke A.-G., Berlin (245), Rudolf Karstadt A.-G., Hamburg (65), Baumwoll-Finanz-A.-G., Berlin (40); November: Ilse A.-G. (127,5), Chemniter Bankverein (70), Orenstein u. Koppel (68), Allg. D. Kredit-Anstalt, Leipzig (60), Hallescher Bankverein (45); Dezember: Dresdener Bank (200), Barmer Bankverein (199,7), Commerz- und Privatbank, Hamburg (150), Schultheiß-Patzenhofer (110).

Größere Kapitalserhöhungen bei Gesellschaften m. b. H. fanden statt: im April: Kakao-Kompagnie Reichardt G. m. b. H. um 26 Mill. M.; Juni: Leopold Caselle u. Co., G. m. b. H. (89); Juli: Deutsche Gasglühlicht-A.-G. u. Co., G. m. b. H., Berlin (19,98); September: Rheinische Kohlenhandels- und Reederei-G. m. b. H., Mülheim (63); Oktober: Karl Freudenberg, G. m. b. H. (85), A. Borsig, G. m. b. H. (20), Allg. Nahrungs-Import-Kompagnie, Hamburg (20); Dezember: Großeinkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine G. m. b. H., Hamburg (30).

Hth.

Bergbau

* **Christoph-Friedrich Braunkohlen A.-G., Halle.** Die Gesellschaft ist gegründet von Geheimrat Dr. Otto Beutler-Dresden, Direktor Dr. W. Hinniger-Berlin, Bankier M. Homberger-Frankfurt (Main), Rechtsanwalt Dr. Elb-Dresden und Merschen-Weißenfelser Braunkohlen A.-G., Halle, die das gesamte Kapital von 8 Mill. M. übernommen haben. Den Vorstand bilden die Herren Generaldir. Dr. W. Scheithauer, Direktor H. Kroschewsky und Dir. Ferdinand Raab, sämtlich in Halle. Den ersten Aufsichtsrat bilden die Gründer mit Ausnahme der Merschen-Weißenfelser Braunkohlen A.-G., es tritt hinzu Generaldirektor Dipl.-Ing. Fritz Heller in Prag.

Mansfeldsche Kupferschiefer bauende Gewerkschaft. Die Gewerkschaft begann auf dem Bahnhof Mansfeld den Bau eines großen Sägewerkes, hauptsächlich zur Herstellung von Grubenholz für den eigenen Bedarf.

Anmeldung von Bergwerkskonzessionen. Der „Reichsanzeiger" vom 27. Januar cr. enthält eine Bekanntmachung über die Anmeldung von Bergwerkskonzessionen in der Türkei, China und Bulgarien.

Industrie

* **Handelsregister, Halle.** Neueintragung: Krumm-Heller u. Strube G. m. b. H., Halle (Verlagsanstalt, Buch- und Steindruckerei), Kapital 40 000 M. — Aenderungen: Dresdner Bank, Filiale Halle, A.-G. (Kapitalserhöhung). * Automobilverleihung Plato u. Co., Inh. Bruno und Albert König, Halle (Auflösung der Gesellschaft, Bruno König alleiniger Inhaber, Firma lautet jetzt: Automobilverleihung Plato u. Co., Inh. Bruno König). * Robert Kunze u. Co. vorm. Gustav Glück Nachf., Inh. Robert Kunze, G. m. b. H., Halle (Erhöhung des Kapitals auf 50 000 M.). * Verkaufssyndikat für Paraffinöle G. m. b. H. (Verlängerung des Vertrages bis 31. März 1923).

Elektrizitätswerk Sachsen-Anhalt Akt.-Ges. in Halle. Der Magistrat der Stadt Halberstadt beschloß, mit der Gesellschaft einen Stromlieferungsvertrag auf 6 bis 8 Jahre abzuschließen, wonach die Gesellschaft die Stromversorgung in Halberstadt übernimmt.

Badische Anilin- und Sodafabrik, Ludwigshafen. Das Leunawerk der Badischen Anilinfabrik hat nunmehr die volle Höhe des Produktionsprogramms erreicht. Die tägliche Erzeugung beträgt 1000 Tonnen schwefelsaures Ammoniak, was eine Jahreserzeugung von 300 000 Tonnen reinen Stickstoff bedeutet.

ss. **Maschinenbauanstalt Kirchner u. Co., Leipzig.** (Eigener Drahtbericht.) Die G.-V. setzte die Dividende auf 45 Prozent fest und beschloß die Gewährung von je einer Gratisaktie auf je drei alte Stammaktien. Ferner beschloß die Versammlung Erhöhung des Grundkapitals um 2 666 000 Mark, wenn die Notwendigkeit innerhalb 15 Monate von der Verwaltung anerkannt wird.

* **Sarotti A.-G., Berlin-Tempelhof.** Am 27. Februar findet eine ao. G.-V. in Berlin statt, in der Bericht über das Brandunglück erstattet werden wird. Ferner soll das Kapital der Gesellschaft um einen Betrag bis zu 28 Mill. M. erhöht werden.

Geldmarkt und Banken

w. **Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank** und die Post erfolgt in der Woche vom 30. Januar bis 5. Februar dieses Jahres unverändert wie in der Vorwoche zum Preise von 780 M. für ein Zwanzigmarkstück, 390 M. für ein Zehnmarkstück. Für die ausländischen Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt.

* **Die schwebende Schuld des Reiches** an diskontierten Schatzanweisungen ist von 249 249 180 000 M. am 10. Januar um 4 188 010 000 M., bis zum 20. Januar auf 253 437 190 000 M. angewachsen, in diesem Zeitraum traten hinzu 22 716 131 000 M. und gingen ab 18 528 121 000 M. Das Anwachsen ist fast ausschließlich durch Devisenbeschaffungen, Lieferungen und sonstige Ausgaben für Reparationszwecke, insgesamt 4152 Mill. M., verursacht.

w. **Otavi-Genußscheine.** Wir hören von unterrichteter Seite, die am 31. Januar ablaufende Frist für den Umtausch der alten Anteile der Genußscheine der Otavi-Minen- und Eisenbahngesellschaft wurde bis zum 28. Februar verlängert.

Berliner Produktenmarktpreise.

Berlin, 28. Januar.

Amtliche Notierungen **für 1 Zentner** an Station

Weizen, märk. 410—407, pomm. —, schles. 410—407, stetig.
Roggen, märk. 316—313, pomm. 310, ostpr. 310, stetig.
Wintergerste —, Sommergerste 370—372, stetig.
Hafer, märk., 302—305, pomm 300—302, schles. 296—302, stetig.
Mais, la Plata ohne Prov.-Ang. Jan. 322, Febr. 306, März 302, behauptet.
Weizenmehl 1040—1140, feinstes höher. Roggenmehl 840—910, stetig (je 2 Z.)
Weizenkleie 215, behauptet. Roggenkleie 220, fest.
Raps, 700—740, behauptet. Leinsaat, 650—680, still.

Victorinerbsen	470—485	Lupinen, blaue	270—290
Kleine Speisebohnen	350—375	Lupinen, gelbe	320—330
Futtererbsen	—	Rapskuchen	285—300
Peluschken	320—350	Leinkuchen	—
Wicken	530—550	Serradella, neue	480—500
Ackerbohnen	340—360	Trockenschnitzel	205—210

Nichtamtliche Rauhfutter-Notierungen Großhandelspreise.
Weizen- und Roggenstroh drahtgepreßt 39—43.
Haferstroh drahtgepreßt 44—46. Stroh seilgebündelt —.
Langstroh seilgebündelt 37—38.
Wiesenheu, gut, gesund und trocken, 115—125. gesund und trocken (Nachmahd) 98—107. Kleeheu —.—.

Produktenbericht. Berlin, 28. Jan. Bei mangelnder Unternehmungslust, die besonders am Sonnabend verstärkt zu spüren ist, war die Haltung am Produktenmarkte lustlos. Allseitig lag starkes Angebot auf Abladung, rollende, bahnstehende oder auch Lokomare vor. Die Weizen- und Roggenpreise sowie auch die für Gerste und Hafer haben sich kaum verändert. Die Angebote für diese Artikel übersteigen die Nachfrage erheblich. Von den übrigen Artikeln ist bei belangiosen Umsätzen kaum etwas zu berichten.

w. **Elektrolytkupfer:** 6166, gestern: 6353.

Most, Kakao Eigenart, Das Morgengetränk

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192201291-19/fragment/page=0003

Halle und Umgebung

Halle, 29. Januar.

Kaisers Geburtstagsfeier

Veranstaltet von der Gruppe Süd-Ost des Deutschnationalen Volksvereins.

Die Gruppe Süd-Ost des Deutschnationalen Volksvereins hatte zu einer Feier am Freitag abend nach dem Neumarktschützenhause eingeladen. Wie immer bei größeren Feiern der Deutschnationalen Volkspartei, so war auch diesmal der Saal mit den alten Reichsfarben sinnreich geschmückt. Die Feier wurde eingeleitet mit der gemeinsam gesungenen Deutschen Hymne. Frl. Kuckenburg rezitierte zwei Gedichte, eher der Schriftsteller Diete aus Eisleben das Wort ergriff. Heute, zu Kaisers Geburtstag, müssen wir rückwärts und vorwärts schauen. Rückwärts auf das Blühen und Gedeihen des deutschen Vaterlandes bis zum Jahre 1914, während schon der Totenwurm in seinem Innern saß. Vorwärts schauen, heißt national sein, sich besinnen auch sich selbst, auf unsere Not. Wir gehören nicht zu denen, die da Steine auf den Kaiser werfen. Wir wissen, daß auch ein anderer an das Kaisers Stelle 1918 nicht anders hätte handeln können. Der Kaiser hat geglaubt, dem Volke Unheil zu ersparen. Wenn schon ein Mann und rechter Deutscher wie Hindenburg dem Kaiser recht gibt, so ist das ein guter Beweis für die Richtigkeit der Handlungsweise unseres Kaisers. Wir müssen zu einem klaren Urteil über den Kaiser im ganzen deutschen Volke kommen. Ein Lichtblick war es damals auch für das Herz des Kaisers, als er hörte, daß ungählige Menschen der Kaiserin gedachten, und daß die Kaisertreue nicht gestorben ist. Wir wünschen ihm heute eine baldige Rückkehr in sein geliebtes Deutsches Vaterland, damit er in seiner Heimat in Ruhe seinen Lebensabend beschließen kann. Zum Kaiser geht heute unser Blick, zum ganzen Hause Hohenzollern, das uns hoffentlich auch in nicht mehr ferner Zukunft einen Kaiser stellen wird. Den Kaiser grüßen wir heute in seiner fernen Einsamkeit. Wir denken dabei an den Spruch auf der Kaiserin-Standarte, die an ihrem Grabe niedergelegt wurde: „Verblieben will ich an dieser Statt, bis das Reich wieder Kaiser und Krone hat.“ Die inzwischen gesammelten Unterschriften (viele hundert) wurden mit folgendem Begleitschreiben an den Kaiser gesandt:

„Ew. Majestät gestatten sich die beiliegend unterzeichneten Mitglieder des Volksvereins Halle-Saalkreis der Deutschnationalen Volkspartei die allerunterthänigsten Glückwünsche darzubringen in der Hoffnung, daß es Ew. Majestät vergönnt sein möge, bald in unser heißgeliebtes Vaterland zurückzukehren. Mit treudeutschen Grüßen allerunterthänigst.

Volksverein Halle der Deutschnationalen Volkspartei.“

Ein patriotisches Theaterstück wurde von Kindern der Gruppenmitglieder darauf allerliebst aufgeführt. Verdienste um das Gelingen des Abends erwarben sich vor allem Frau Brüggemann, Herr Blasche mit einigen gut vorgetragenen Sologesängen, Herr Kramer durch seine vorzüglich ausgeführten Musikstücke und Fräulein Hauenstein durch ebenfalls gut vorgetragene Sologesänge. Dem Humor verstand Herr Naumann mit seinen ausgezeichneten Liedern zur Laute die richtige Note zu geben. Gut war auch Horst Maizahn mit der Rezitation: „Was wir verloren haben“. Und zum Schluß sei nicht zu vergessen das kleine Frl. Reichardt, die so tüchtig und brav rezitierte und Theater spielte.

Schulgemeinde zu Halle

Donnerstag abend 8 Uhr fand unter der Leitung von Studienrat Florstedt im Ref.-Realgymnasium eine Beratstätigung der Evangelischen Schulgemeinde statt. Nach einem Referat, das einen Ueberblick über die Entwicklung der letzten Zeit gab und zugleich den Wert der praktischen Einstellung auf die Möglichkeiten der nächsten Zeit betonte, wurde das Gesetz über die religiöse Erziehung in den Mittelpunkt der Beratungen gestellt. Geheimrat Elze sprach dazu vom juristischen, Rektor Schneider vom pädagogischen Standpunkte. Beide kamen darin überein, daß dieses Gesetz tatsächlich einen Fortschritt gegenüber den bisherigen Bestimmungen bedeute; es billige der Mutter ein heilsames Gegengewicht gegenüber der bisherigen Ausschließlichkeit der väterlichen Entscheidung zu; dadurch könne die Sache des christlichen Glaubens nur gewinnen. — Es mußte festgestellt werden, daß leider noch immer allzugroße Gleichgültigkeit in Fragen religiöser Erziehung herrscht, die noch verstärkt wird durch eine gewisse Scheu, sich über diese Dinge an maßgebender Stelle aufzuklären. Deshalb sei es wichtig, Beratungsstellen in den einzelnen Gemeinden einzurichten, die wirklich das Vertrauen der breitesten Oeffentlichkeit finden könnten; es sei denn nur dafür zu sorgen, daß diese Stellen auch bekannt und benutzt würden. Der Vorschlag fand allgemeinen Beifall. — Bei aller Wirksamkeit und Tätigkeit in der Schulgemeinde ist aber doch das drückende Gefühl vorhanden, daß die eigene Kraft wohl ausreicht zur Abwehr eines mehr lokalen Stoßes, daß man aber nicht in der Lage ist, einem auf breitester Grundlage erfolgenden Angriff zu begegnen. Da braucht man eine größere Organisation, die sich praktischer Weise im Provinzialelternbund darbietet. Nach kurzer Aussprache wurde beschlossen, die Schulgemeinde von Halle dem Provinzialelternbund der Provinz Sachsen als Mitglied zuzuführen. Es harren der Schulgemeinde noch große Aufgaben und es wird noch viel Arbeit kosten bis die Elternschaft Halles so durchorganisiert ist, daß sie eine wirkliche Sicherheit für das seelische Wohl der Kinder bietet. — Die Geladenen waren zahlreich erschienen, ein Beweis, daß man den Ernst der Lage erkennt und der Gefahr, in der die evangelische Schule sich befindet zu begegnen sucht.

Naturwissenschaftlicher Verein für Sachsen und Thüringen

In der Generalversammlung, die im Zoologischen Institut der Universität stattfand, wurden zunächst die Herren Hofrat Professor Dr. Gompter und Geh. Med.-Rat Dr. Riegel zu Ehrenmitgliedern ernannt. Darauf behandelte Herr Spöttel zwei interessante Fragen aus dem Gebiet der Käferkunde. An einer reichen Sammlung wies er die Uebergänge der Flügeldeckenzeichnung bei den Kugelkäfern (Marienkäfern) nach. Weiter wurde an einer anderen Käfergattung, den Rüßlern, die ältersische Fürsorge für die Nachkommenschaft dargetan. Herr Bernau führte einige größere ausländische Spinnen vor, so die tropische Minierspinne, eine russische Tarantel, die eine eigenartige Kerfalle baut, und endlich eine südamerikanische Vogelspinne. Sodann sprach Herr Professor Dr. Japha unter Vorlegung lebenden Materials über den Spulwurm, der durchaus nicht als harmloser Darmbewohner anzusehen ist, sondern vielmehr durch ausgeschiedene Giftstoffe schädigend auf den Träger einwirkt. Bisweilen wandert der Spulwurm gar nach dem Schlund und der Nase. Die in ungeheurer Zahl abgelegten, zählebigen Eier werden mit dem Dünger auf den Acker gebracht und können z. B. durch den Genuß rohen Gemüses zu weiterer Ansteckung führen. Der weit harmlosere Madenwurm ist außerordentlich verbreitet. Er legt die Eier außerhalb des Darmes am Körper ab, und eine Neuansteckung kann daher durch peinliche Reinhaltung des Körpers, besonders auch der Hände und Fingernägel, verhütet werden. Ferner trug Herr Dr. Schlüter an der Hand einer neuen Schädlingstafel des Vereins für angewandte Entomologie über den Menschenfloh vor. Die klar und deutlich ausgeführte Tafel mit erklärendem Text bringt die Entwicklung vom Ei bis zum fertigen Insekt, von dem beide Geschlechter abgebildet sind. Auch der Floh des Hundes ist mit dargestellt, da dieser gelegentlich auch auf den Menschen übergeht, wie auch derjenige der Kaben und Ratten. Der Schüler trägt auch zur Verbreitung der Pestbazillen bei, wie festgestellt ist. Ueber die Vermittlung anderer Krankheitskeime durch den Flohstich sind noch genauere Untersuchungen nötig. Die Entwicklung des Insekts ist in weitem Maße von der Temperatur abhängig. Die Empfänglichkeit wie auch-besonders die Empfindlichkeit ist höchst verschieden, jedenfalls aber ist eine energische Bekämpfung des Ungeziefers durch flüssige und gasförmige Gifte in stark befallenen Räumen notwendig. Im Anschluß an diese Ausführungen demonstrierte Herr Professor Dr. Japha den Menschenfloh und verschiedene Tierflöhe im mikroskopischen Präparat.

Die Abgabe der Umsatzsteuererklärungen verlängert

Infolge der fortgesetzten Bemühungen des Landbund Provinz Sachsen und seiner ihm nahestehenden Abgeordneten hat der Reichsfinanzminister das Landesfinanzamt Magdeburg ermächtigt, die Frist für die Abgabe der Umsatzsteuererklärung bis zum 21. Februar zu verlängern. Die Berufsvertretungen der in Frage kommenden Steuerpflichtigen tun gut, sich mit den zuständigen Finanzämtern schleunigst wegen endgültiger Feststellung dieser Fristverlängerung ins Benehmen zu setzen.

— **Ernst-Moritz-Arndt-Gedächtnisfeier.** Die Gedächtnisfeier des Deutschnationalen Volksvereins beginnt am Dienstag, den 31. Januar, abends 8 Uhr im großen Saale des „Neumarktschützenhauses“. Die Feier soll zugleich ein Bekenntnis sein dafür, daß wir die Männer noch zu ehren und würdigen wissen, die zuerst das Vaterland erretten wollten, ehe sie an sich selber dachten. Ernst Moritz Arndt war solch ein Mann, ein Mann, wie wir sie heute so dringend notwendig brauchen. Nik. Schäfer spricht über das Thema: „Was kann uns retten?“ Rezitationen und gemeinsame Gesänge, sämtlich von Ernst Moritz Arndt, kommen zum Vortrag. Die Plätze sind numeriert und verbilligt. Einlaßkarten sind zu haben in der Geschäftsstelle, Alte Promenade 10, Hallesche Zeitung, Leipzigerstr., und in der Lippertschen Buchhandlung, Gr. Steinstr.

— **„Prinz Friedrich von Homburg“ im Stadttheater.** Lange genug hat es gedauert, bis unser Stadttheater mal wieder ein patriotisches Stück über die Bühne gehen läßt. Nach Verhandlungen ist es gelungen, noch einige weitere vaterländische Schauspiele zugesagt zu erhalten. Wie sehr solche Aufführungen gewünscht werden, geht schon daraus hervor, daß das Theater heute bis auf einige Plätze (Oberring, 3. Ring und 2. Ring Hinterreihe) ausverkauft ist. Es wird gebeten, Karten für diese Plätze bald abholen zu wollen. Preise 1—3 M. Ueber die nächsten Vorstellungen wird noch berichtet werden. Der Kartenverkauf findet in der Geschäftsstelle der Deutschnationalen Volkspartei, Alte Promenade 10, statt.

Ein Personenbahnhof „Leuna“

Anlage für drei Millionen auf Kosten des Werkes

Wir sind heute in der Lage, aus einwandfreier Quelle mitteilen zu können, daß der Bahnhof bei den Leunawerken zu einem Personenbahnhof mit besonderen Geleisen für die Arbeiterzüge unter einem Kostenaufwand von rund 3 Millionen Mark zu Lasten des Leunawerkes von der Reichseisenbahn ausgebaut wird. Wir stellen mit Befriedigung fest, daß nunmehr wenigstens ein Teil der vielen Leerfahrten, die die ungeheuerlichen Kosten des Arbeiter-Zugverkehrs verursachten, fortfallen werden.

Im übrigen werden wir gebeten, festzustellen, daß es nicht lediglich der Arbeiterverkehr nach den Leunawerken ist, der die starke Belastung der Fernverkehrsstrecke von Norden nach Süden hervorruft, sondern daß hierbei auch noch Transporte zu den Industrieorten im Geiseltal und in der Richtung Bitterfeld nach Wolfen mitspielen. Wir waren uns seinerzeit wohl bewußt, daß auch nach anderen Stellen als Leuna Arbeiter auf dem Bahnwege befördert werden müssen, es hat sich jedoch im allgemeinen der Sprachgebrauch herausgebildet, den gesamten Arbeiterverkehr der Hallescher Gegend nach dem Hauptindustrieort Leuna, mit dem Namen „Leunaverkehr“ zu bezeichnen.

Unsere seinerzeitigen Mitteilungen haben den „Merseburger Korrespondenten“ veranlaßt, die Hauptschuld an den Mißständen der Bauart des Hallischen Bahnhofs zuzuschreiben. Er spricht in seiner Notiz von einer „verbauten und verwinkelten Bauart“ des Hallischen Bahnhofs.

Man möchte auf Grund dieser Worte fast annehmen, daß der Verfasser des Artikels noch nie auf dem Halleschen Bahnhof gewesen ist. Uns ist jedenfalls bisher nur selten ein so übersichtlicher und klar angelegter Bahnhof bekannt geworden wie gerade der Hallesche Bahnhof, der auch seinerzeit nach der Erbauung von den Sachverständigen als ein durchaus moderner und praktischer Bahnhof beurteilt wurde. Wenn damals, wie der „Korrespondent“ schreibt, die Bahnangestellten und Arbeiter bereits einstimmig den Bahnhof für viel zu eng und zu klein erachtet haben, so scheint uns dieses Urteil wohl doch nicht ganz maßgeblich und dem „Korrespondenten“ wohl nur deswegen pikiert zu sein, um dem (vom „Korrespondenten“ entheiligten) Bürokratius und der „Kurzsichtigkeit der damaligen Eisenbahnbehörde“ eins auswischen zu können.

Ferner glaubt der „Merseburger Korrespondent“, daß die „Belebung des Verkehrs in unserer Umgebung sicherlich nicht als Nachteil angesprochen werden kann.“ Das scheint uns denn doch eine recht naive Auffassung von der Aufgabe der Eisenbahn zu sein. Eine Belebung des Verkehrs in volkswirtschaftlich vorteilhaftem Sinne würde es sein, wenn durch gesteigerten Verkehr Waren, z. B. Kohlen und Kali transportiert würden. Ein Transport von Arbeitern nach und von ihrer Arbeitsstätte ist in volkswirtschaftlichem Sinne immer ein Nachteil, denn er entzieht der Eisenbahn, Lokomotiven, Wagen, Beamte und verursacht durch Materialverschleiß, Kohlenverbrauch usw. sehr bedeutende Kosten. Das Ideal einer volkswirtschaftlich günstigen Lage ist die engste Verbindung von Arbeitsstätte und Arbeiterwohnung, wie sie ursprünglich auch bei den Leunawerken geplant war. Daß diese Pläne nur zum Teil ausgeführt wurden, ist bedauerlich, hoffentlich werden die Siedlungen jetzt mit Hilfe der Kleinwohnungsbau Halle A.-G. weiter ausgebaut werden und dadurch einerseits der Arbeiterzugverkehr vermindert, andererseits die Wohnungsnot in Halle gelindert werden.

Als wir seinerzeit die Ueberschrift „Leuna als Verkehrshindernis“ wählten, hatten wir zwar in erster Linie die auf dem Halleschen Bahnhof durch den starken Leunaverkehr geschaffenen Mißstände im Auge, in zweiter Linie aber auch die Wirkung des „Leunaverkehrs“ auf den Fahrplan der Strecke Berlin—Weißenfels überhaupt. Darauf ist jedoch der „Merseburger Correspondent“ überhaupt nicht eingegangen, trotzdem die Merseburger dadurch ebenso betroffen werden, wie die Hallenser und überhaupt alle Städte an dieser Strecke. Daß auf der Strecke Berlin—Weißenfels viel mehr Züge, Personen- wie Güterzüge, verkehren könnten als dies jetzt der Fall ist, zeigt ein Blick in die Fahrpläne vor und nach dem Kriege.

Die immer weiter zunehmende Ausdehnung der Industrie, so erfreulich sie an sich ist, macht es jedoch notwendig, daß über kurz oder lang sich die maßgebenden Stellen mit einer durchgreifenden Umgestaltung der Verkehrsverhältnisse unserer Gegend werden befassen müssen. Wenn sich Halle, wie allgemein erwartet wird, zu einem zweiten Essen entwickeln wird, so erscheint es unbedingt nötig, daß der Fernverkehr von dem Zwischenortverkehr getrennt wird, so wie dies in Berlin durch die Trennung des Stadt-, Ring- und Vorortverkehrs vom Fernverkehr durchgeführt ist.

Wie bekannt, hat sich in letzter Zeit auch die Verwaltung der Stadt Halle, wenn auch nur aus „menschlichen“ Gründen, mit der Abhilfung der zurzeit durch den Arbeiterverkehr geschaffenen Mißstände, besonders an den Ausgängen des „“ beschäftigt, allerdings nur aus rein „menschlichen“ Gründen, denn der Antrag des Verkehrsausschusses will eben nur Verbesserung der Ausgänge schaffen, jedoch nicht die oben dargelegten wirtschaftlichen Nachteile vollkommen beseitigen. Das zu erreichen muß aber mit allen Mitteln angestrebt werden. Wie wir kürzlich meldeten, ist die Errichtung eines weiteren großen Werkes südlich von Leuna von Griesheim Elektron geplant. Der Bau des Werkes ist jedoch seitens der Regierung davon abhängig gemacht worden, daß die benötigten Arbeiter in Siedlungen bei der Fabrik untergebracht werden. Die Regierung sollte in ihrem eigenen Interesse darauf dringen, daß nunmehr auch die anderen großen Werke wie Leuna, die Werke in Wolfen und im Geiseltal ihre Arbeiter in ihrer unmittelbaren Nähe unterbringen, denn wenn auch die Kosten der Arbeitertransporte im Halleschen Bezirke im Rahmen des Eisenbahndefizits gewissermaßen nur ein Tropfen sind, so kann ihre Ersparung doch wenigstens etwas zur Verminderung des Fehlbetrages beitragen. Hth.

— **Der Männergesangverein Halle 1911** hielt im „Rikolaus“ seine Jahres-Hauptversammlung ab, die von etwa 150 Mitgliedern besucht war. Der Schriftführer, Herr Horlebeck, gab einen Bericht über die Tätigkeit des Vereins in den letzten Jahren und insbesondere über das Jahr 1921. Der Verein zählte am Jahresschlusse 266 Mitglieder, davon 175 aktive Sänger. Unter Leitung seines rührigen Liedermeisters, Herrn Nickel, hat der Männer-Gesangverein 1911 auch im Berichtsjahre der Oeffentlichkeit in mehreren Konzerten gezeigt, daß er durch regen Fleiß und gute Schulung gesanglich auf der Höhe steht. Auch im laufenden Jahre veranstaltet der Verein mehrere Konzerte, das erste findet am 8. April in der „Loge zu den 3 Degen“ statt. Darauf berichtete der Rendant über den Stand der Kasse, die von den Revisoren für richtigst befunden wurde. Zum 1. Vorsitzenden wurde Herr Maurermeister Hammer wiedergewählt, als dessen Stellvertreter die Herren Treuner und Otto Frenkel, zum Rendant Herr Raake, zum 1. Kassierer Herr Bieber, zum Schriftführer Herr Horlebeck. Es wurden alsdann noch deren Stellvertreter, mehrere Beisitzer, ferner ein musikalischer und ein Vergnügungsausschuß gewählt.

— **Eine Anzahl gestohlene Klingelplatten** von Hauseingängen, deren Eigentümer noch nicht bekannt sind, befinden sich bei der Kriminalpolizei in Verwahrung. Die Geschädigten werden gebeten, sich während der Dienststunden im Polizeidienstgebäude, Zimmer 78, zur Besichtigung und Empfangnahme einzufinden.

— **Vom Auto überfahren und getötet!** Am Freitag nachmittag wurde in der Leipziger Straße ein 8jähriger Knabe von einer Kraftdroschke überfahren und so schwer verletzt, daß er auf dem Wege nach dem Elisabethkrankenhaus verstarb. Die Schuldfrage wird noch geklärt.

— **Der brennende Eisenbahnwagen.** Am Freitag nachmittag wurde die Feuerwehr nach der Hindenburgbrücke gerufen, woselbst durch Funkenflug aus einer Lokomotive ein mit Stroh beladener Eisenbahnwagen in Brand geraten war. Nach ½stündiger Tätigkeit konnte sie wieder abrücken.

Was unsere Leser sagen

Unzulänglichkeiten bei der Steuerbuchabgabe

Uns wird geschrieben:

Am vergangenen Mittwoch war ich ½9 Uhr in der Waage, um die Bücher meiner Angestellten loszuwerden. Weil ich nur bis 10 Uhr Zeit hatte, mußte ich vergeblich wieder fortgehen. Bekannte Herren, welche ich um ½9 Uhr dort traf, haben bis ½12 Uhr warten müssen, ehe sie abgefertigt werden konnten. Am Freitag war ich bereits um ½9 Uhr an Ort und Stelle, fand aber den ganzen Hausflur bis zur Tür voller Menschen, so daß ich wiederum unverrichteter Dinge umkehren mußte; denn bis 10 Uhr wäre an mich nicht mehr die Reihe gekommen. Wäre es nicht praktischer, die alten Steuerbücher abzugeben, wo man die neuen geholt hat? Dann verteilte sich die ganze Abwicklung auf mehr Stellen, und es würde das Gedränge und vor allem die unnütze Zeitvergeudung gespart, die wir uns heute doch wahrlich in Deutschland nicht leisten können. ⚘

Hauptverantwortlicher Hermann Bollmann.
Verantwortlich für Politik: Hermann Bürger; für politische Nachrichten Franz Messerschmidt; für wirtschaftlichen Teil: Hermann Bürger; für Kommunalpolitik, lokale Nachrichten und Sport Hans Hellman; für die Rubrik Kunst, Wissenschaft und Unterhaltung, sowie den übrigen redaktionellen Teil: Erich Gottheim. — Für den Anzeigenteil: Gust. Lerchen, sämtlich in Halle a. S. Druck u. Verlag: Buch- u. Kunstdruckerei Verlag der Hallschen Zeitung, Halle a. S.

Möbel-Ausstellung
Halle a/S, Alter Markt 1 u. 2
Albert Martick Nachf.
Besichtigung erbeten. Günstige Preise.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192201291-19/fragment/page=0004

Deutsche Stimmen in die Zeit

Wochenbeilage der Halleschen Zeitung

Nr. 5 — Halle/Saale ◆ Sonntag, den 29. Januar — 1-9-2-2

Mich reut die Stunde, die nicht harnisch trug!
Mich reut der Tag, der keine Wunde schlug!

Mich reut — ich stren' mir Aschen auf das Haupt —
Daß nicht ich fester noch an Berg geglaubt!

Konrad Ferdinand Meyer
in „Huttens letzte Tage".

Nietzsche als Schüler

Aus unveröffentlichten Arbeiten Nietzsches.

Der in nächster Zeit herauskommende erste Band der großen Musarion-Ausgabe von Nietzsches Gesammelten Werken wird die Jugendschriften Nietzsches aus den Jahren 1858 bis 1868 bringen. Abgesehen von einer philologischen Preisarbeit sind sie in den früheren Gesamtausgaben nicht enthalten. Einiges ist in den Sonderausgaben der „Gedichte und Sprüche" in der Lebensbeschreibung der Schwester schon früher gedruckt, vieles aber bisher überhaupt noch nicht veröffentlicht.

Drei Abschnitte ergeben sich von selbst: Knabenzeit, Dichtungen des 13- bis 15jährigen Nietzsche; Jünglingszeit, Aufsätze, Vorträge und Dichtungen des 16- bis 19jährigen Nietzsche; Studienzeit, Aufzeichnungen und philologische Arbeiten des 20- bis 24jährigen Nietzsche.

Diese Jugendschriften sind in verschiedener Hinsicht bedeutungsvoll. Ihr hoher biographischer Wert versteht sich von selbst: der glänzende Stilist, der zart und tief empfindende Lyriker (noch mehr vielleicht in einigen Prosaaufzeichnungen, als in den Gedichten), der kühn an die schwersten Probleme herangehende Denker, der unerbittliche Psychologe und Kulturkritiker — sie alle sind in den Jugendproduktionen zwar naturgemäß noch nicht zur Reife gelangt, aber kündigen sich an. Was jedoch weit über das Biographische hinaus Wert und Bedeutung für die Erfassung der Gesamtpersönlichkeit Nietzsches und ihres Schaffens hat, sind die Arbeiten und Aufzeichnungen — oder auch nur Teile davon —, in denen bereits keimhaft spätere Grundanschauungen und Neigungen hervortreten. Ist es doch keineswegs eine müßige Spielerei, den Jugendeindrücken und früheren Neigungen großer Menschen in ihren Wechselbeziehungen Beachtung zu schenken. Sie sind bei der gesteigerten Empfindlichkeit und Aufnahmefähigkeit des Genies und seinem schon früh zu produktiver Verarbeitung des Aufgenommenen drängenden Eigentrieb von größter, richtunggebender Bedeutung auch für das spätere Schaffen, wobei nur daran erinnert sein mag, daß die Wurzeln des Faust nicht nur hinsichtlich der Konzeption, sondern auch der späteren Ausgestaltung — bis in die Jünglings- und Knabenzeit Goethes mit ihren schon damals zutage tretenden pantheistischen Neigungen und den damit eng zusammenhängenden mystisch-alchimistischen Studien hinabreichen. „Jugendeindrücke verlöschen nie," bekennt Goethe selbst.

In diesem Sinne ist die Vorliebe des siebzehnjährigen Nietzsche für Hölderlin mit seinem Haß gegen den deutschen Fachmenschen und „Philister", das deutsche „Barbarentum", mit seiner Begeisterung für Griechenland und seiner unbefriedigten Sehnsucht nach griechischer Kultur, wie sie in einem Schulaufsatz zum Ausdruck kommt, außerordentlich bedeutungsvoll; und nicht nur die Gedichte Hölderlins, sondern auch das dramatische Fragment „Empedokles" (Nietzsches späterer Empedokles-Versuch!) und der Roman „Hyperion, oder der Eremit in Griechenland" (Zarathustra!) gegen den Schüler Nietzsche mächtig an und gaben ihm die nachhaltigsten Eindrücke. Wichtig ist dabei, daß Nietzsche in der Hölderlin-Arbeit durchaus Eigenes gibt — bei Schulaufsätzen ist das bekanntlich nicht immer ohne weiteres anzunehmen —; das geht, abgesehen von anderen Zeugnissen für Nietzsches Vorliebe für Hölderlin, schon aus der Zensur-Notiz des Lehrers hervor: „Ich muß dem Verfasser doch den freundlichen Rat geben, sich an einen gesunderen, klareren, deutscheren Dichter zu halten."

Nicht weniger beachtenswert ist Nietzsches Vorliebe für Theognis, den ausgesprochenen Aristokraten unter den griechischen Dichtern, der die Masse verachtete, die Begriffe Vornehm und Gut gleichsetzte, den Unterschied von Gut und Böse leugnete und nur den von Edel und Gering anerkennen wollte. — Auffassungen, die für Nietzsches ganzes Denken bestimmend geblieben sind. „Ueber Theognis von Megara" war das selbstgewählte Thema für die sogenannte Valediktionsarbeit beim Abgang Nietzsches von Schulpforta. Die Urschrift der Arbeit wird dort aufbewahrt.

Es kann hier nicht auf alle Beziehungen zwischen den Jugendschriften und dem späteren Schaffen Nietzsches im einzelnen eingegangen werden. Nur auf einige besonders bemerkenswerte Punkte sei noch hingewiesen: Wie bezeichnend sind z. B. die Bemerkungen zur Psychologie des bedeutenden Menschen in mehreren Aufsätzen aus der Schulzeit: „Daß das Genie von anderen und höheren Gesetzen abhängig ist, als der gewöhnliche Mensch, von Gesetzen, die oft den allgemeinen Grundsätzen von Moral und Recht zu widersprechen scheinen, im Grunde aber doch dieselben sind, wenn auch unter den weitesten Gesichtspunkten aufgefaßt, das ist eine Erscheinung, die das Endziel einer Kette bildet. In gleicher Weise nämlich, wie das Genie den Gipfelpunkt natürlicher und geistiger Harmonie bildet, von wo aus die Begabung des Menschen bis zu der beinahe tierischen Roheit wilder Völker herabsinkt, in gleicher Weise ist dieser scheinbare Widerspruch der Geniegrundsätze mit den allgemeinen nur der äußerste Punkt einer allmählichen Erweiterung, parallel fortlaufend mit den Fortschritten geistiger Entwicklung des Menschen. Diese ganze Wahrnehmung beruht wieder auf einem allgemeinen Grundsatz: das nämlich alles, was dem Menschen entgegentritt, nur unter dem Gesichtspunkt seiner geistigen Begabung aufgefaßt werden kann. So ist alles für den Menschen eigentlich nur Schein . . ." (Aus dem Vortrag „Napoleon III. als Präsident", den Nietzsche im Januar 1862, also als Siebzehnjähriger, in einer kleinen, mit Schulfreunden begründeten literarischen Vereinigung hielt.)

„Großes und Erhabenes ist stets das Erzeugnis eines tiefen, vollen Herzens; die kleinen, schwächlichen Naturen, die, einer großartigen Entwicklung von Kraft nicht fähig, in ihren Handlungen nur die eigene Beschränktheit wiederspiegeln, pflegen über die lebensvolle Glut in leidenschaftlichen Charakteren zu spotten oder zu moralisieren; mitunter auch zu erschrecken, wenn sie etwas von der dämonischen Gewalt ahnen, die durch Himmel und Hölle, durch die Abgründe von Liebe und Haß fortreißt und in grellen Gegensätzen hinstürmend bald das Erhabenste zertrümmert, bald das Kühnste verwirklicht." (Aus dem Schulaufsatz „Charakterschilderung der Kriemhild", Herbst 1862.)

„Es ist eine Folge der geistigen Ueberlegenheit großer Menschen, daß sie ihre Umgebungen und Handlungen in dem Geiste der ihnen Nahestehenden gleichsam widerspiegelt. Aber doch ist dieser Abglanz oft nur ein leichter, flüchtiger Schein, der ebenso leicht verwischt wird, wie er entsteht. Es sind nämlich nur mehr die Aeußerlichkeiten, nicht das Innerste eines großen Geistes, es sind Einzelheiten, nicht die ganze, volle Seele, die sich dann in den Umgebungen wiederfindet. Das Geheimnisvolle, das bedeutende Menschen umschleiert, die Ahnung der kühnen Pläne, die jene in sich bewegen, das Eigentümliche und Neue, das sie selbst in Kleinigkeiten zeigen: alles dieses reißt den Menschen und zwingt ihn zu einem unbestimmten Gefühl der Abhängigkeit von jenen. Wenn sie aber plötzlich mit ihrem eigensten Wesen hervortreten, wenn die verwegenen Folgerungen ihrer Grundsätze in hellem Licht erscheinen, dann wendet sich der Mensch wie geblendet ab; das Dunkle, Dämmernde war ihm lieber als der helle Tag. Und hier tritt dann der Fall ein, daß geistige Größen plötzlich verlassen und vereinsamt erscheinen, daß sie sich in einen Kampf mit dem Alltäglichen und Gewöhnlichen verstricken, aus dem sie selten als Sieger hervorgehen; denn das Gewicht des Gewöhnlichen wird fast immer auch die bedeutendste Einzelnacht niederdrücken." (Aus einem Schulaufsatz „Inwiefern ist den Soldaten in Wallensteins Lager an der Erhaltung ihres Feldherrn im Oberbefehl sehr gelegen?", Januar 1863.)

Höchst bedeutungsvoll ist ferner die Anziehungskraft, die der Byronsche Manfred, „die furchtbare Erhabenheit dieses geisterbeherrschenden Uebermenschen", bereits auf den 17jährigen Nietzsche ausübte. („Ueber die dramatischen Dichtungen Byrons", Vortrag Dezember 1861.)

Größtes Interesse verdienen die Parallelen, die schon der Primaner Nietzsche in einer Arbeit über den Sopokleischen „König Oedipus" zwischen der aus der musikalischen Lyrik der Dionysien erwachsenen griechischen Tragödie und dem „Wagnerschen Kunstwerk der Zukunft" zieht. Die Arbeit enthält Gedanken, die in gerader Linie über Nietzsches Antrittsrede an der Universität Basel, „Homer und die klassische Philologie", und die Einleitung zu den Vorlesungen über „König Oedipus zur Geburt der Tragödie aus dem Geiste der Musik" und darüber hinaus führen.

Preußens deutsche Sendung

Entwicklung des Judentums in Preußen.

Von Dr. Carl Siegmar Schultze Baron v. Galléra.

II.

(Nachdruck verboten.)

Die Judenemanzipation in Preußen ging in erster Linie von den weltbürgerlich angehauchten Literaten des 18. Jahrhunderts aus. Der Kosmopolitismus liegt dem Deutschen, leider, im Blute. An erster Stelle steht G. E. Lessing. Wenn es auch hyperpatriotischen Antisemiten und rassestolzen Israeliten nicht gelungen ist, dem sächsischen Pfarrersohn jüdische Abstammung nachzuweisen, so war er es, der Shylock durch Nathan überwand. In seiner Jugend schrieb er ein Drama: „Die Juden". In äußerst unmotivierter Weise zeigt ein Jude die edelmütigste Feindesliebe und nötigt den Vertreter des Christentums zu dem Schlußbekenntnis: „O wie achtungswürdig wären die Juden, wenn sie alle Ihnen glichen." Gewisse Shylokreminiszenzen scheinen aus diesem Werken doch noch zu sprechen. Der freigeistierische, kampffrohe Lessing glaubt aber den orthodoxen, lutherischen Pfaffen keinen „ärgeren Possen zu spielen" als durch seinen „Nathan den Weisen". Den Grundgedanken des Dramas enthält der dritte Aufzug (6. bis 7. Auftritt), die Geschichte von den drei Ringen: Judentum, Islam und Christentum sind drei völlig gleichberechtigte Offenbarungen der Menschennatur. Die göttliche Abstammung einer Nation ist lediglich daran zu erkennen, „ob sie vor Gott und den Menschen angenehm mache". Nicht allein Duldsamkeit gegen Andersgläubige, sondern geradezu Gleichgültigkeit in Glaubenssachen predigt der Nathan.

„Nathan", die Verherrlichung des Judentums durch einen Deutschen, erschien 1779. Aber bereits 1750 begann sich dank der Toleranz Friedrichs eine jüdische Publizistik in Preußen zu entwickeln. Damals versuchten die Juden die zweite Stufe zu ihrer Machtvollkommenheit zu erklimmen, sie warfen sich auf die Presse. Zunächst gab Moses Mendelssohn, Lessings Freund, ein hebräisches Wochenblatt heraus, nur für Juden, das bald wieder einging. 1783 erschien eine neue jüd. sche Zeitschrift, eine Monatsschrift, die bei der wachsenden jüdischen Bevölkerung auch Aufnahme in weiteren Kreisen fand. Es war die Zeitschrift „Hameaseff". Als Mitarbeiter wirkten Mendelsohn, Friedländer, Wessely, Salomon Maimon, Marcus Herz, Professor Brill. Zweck des Unternehmens war Reinigung der hebräischen Sprache von talmudischen Ausdrücken und Neubelebung der jüdischen Poesie. Gerade darin aber, daß man nicht imstande war, die Dichtkunst neu zu beleben, zeigt sich die Kulturarmut der Semiten; eine Folge des Mangels an nationalem Stoff. 1810 ging die Zeitschrift ein.

Auch nach der dritten Macht, der deutschen Wissenschaft, streckten die Juden damals ihre Hände aus. Am Ende des 18. Jahrhunderts war es ihnen aber nur möglich, sich in der Medizin festzusetzen. Damals auch wurden die ersten jüdischen Volksschulen eingerichtet. Wieder steht Berlin mit seiner 1781 gegründeten „Freischule" für arme Judenkinder an der Spitze. In Wolfenbüttel folgte die Samsonschule, in Seesen die Jakobsjohnschule. Die „Gesellschaft der Brüder" in Breslau machte sich, von hohen preußischen Beamten begünstigt, eine gründliche Reform des jüdischen Schulwesens zur Aufgabe.

In das Zeitalter der Aufklärung fällt aber das erstarkende Selbstbewußtsein der jüdischen Rasse. Es ist geradezu wunderbar, wie schnell sich Juda deutsche Sprache und deutsche Kultur angeeignet hat, allerdings unter dem begünstigenden Einfluß alter preußischer Verwaltungsbeamten aus der aufgeklärten Schule Friedrichs, wie z. B. des Grafen Hoym in Breslau und des Freiherrn von Zedlitz in Berlin. Zeugnis jüdischer Anpassungsfähigkeit ist vor allem der Goethekult der Kinder Israel. Sie glaubten, in Goethe den deutschesten der deutschen Dichter gefunden zu haben, und, indem sie ihm, den Apostel und Abgott vieler Menschen, auch zu dem übrigen machten, am sichersten sich des deutschen Wesens zu bemächtigen.

Bürgerrechtlich waren die Israeliten noch Parias. Nur erst in Frankreich brachte die Revolution den Juden neue Erfolge. Die „Menschenrechte" forderten Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit alles dessen, was Menschenantlitz trägt. Die Juden wurden Vollbürger in Frankreich. Der deutsche Jude sieht seinen Freund und Leidensgenossen nicht im deutschen Landsmanne, sondern im französischen, russischen, englischen, spanischen, polnischen Juden. Und so begeisterten sich auch vor 130 Jahren die Hebräer in deutschen Landen in aufflammendem weltbürgerlich-jüdischem Naturalismus für die Trikolore. Schon im Oktober 1789 erscheint vor den Schranken der Nationalversammlung in Paris eine Deputation der elsässischen Juden. Mit rührendem Flehen suchen sie die Herzen der Männer für sich zu gewinnen, die sich hier versammelt haben, die Schicksale des französischen Volkes zu bestimmen. „Hochgeborene Versammlung! Im Namen des Ewigen, welcher der Ursprung aller Gerechtigkeit und Wahrheit ist, im Namen Gottes, welcher allen Menschen gleiche Rechte und Pflichten verlieh, im Namen der Menschheit, die Jahrhunderte lang durch die entehrende Behandlung beleidigt worden, welche die unglücklichen Nachkommen des ältesten aller Völker in fast allen Erdgegenden erlitten, erscheinen wir, um Euch zu beschwören, unser bedauerliches Schicksal der Erwägung zu würdigen. Die, welche überall verfolgt, überall erniedrigt, und doch stets untertänig, nie aufrührerisch sind, die, welche bei allen Völkern ein Gegenstand des Unwillens und der Verachtung sind, während sie Duldung und Mitleid genießen sollten, die Juden werfen sich Euch zu Füßen und schmeicheln sich der Hoffnung, daß Ihr inmitten der wichtigen Arbeiten, welche Euch in Anspruch nehmen, ihre Klagen nicht gering schätzen, daß Ihr mit einigem Interesse die schüchternen Einsprüche hören werdet, welche sie aus der Tiefe der Erniedrigung, worin sie begraben sind, vor Euch niederzulegen wagen . . . Möchte eine Reform, die wir bisher fruchtlos ersehnt haben und die wir mit Tränen in den Augen erflehen, Eure Wohltat und Euer Werk sein!" Dies Bittgesuch war der Anlaß, daß die Ansichten für oder wider Juda in Frankreich scharf aufeinander platzten. Man fürchtete, die Juden würden ganz Elsaß zu einer jüdischen Kolonie machen, und bis weit in die Linke hinein war man einer Judenemanzipation abhold. Der Abt Maurn erhebt sich und spricht in flammenden Worten wider die Juden: „Wer wird in unseren Tagen noch vor Verfolgung und Intoleranz reden! Die Juden sind unsere Brüder. Aber die Juden Bürger nennen, würde dasselbe sein, wie einzuräumen, daß Engländer und Dänen, ohne das Indigenatsrecht erlangt zu haben und ohne aufzuhören, Engländer und Dänen zu sein, Franzosen werden könnten." Er bespricht den Wucherhang und die übrigen Laster, die den Juden beigelegt werden. „Dies Volk hat siebzehn Jahrhunderte durchlebt, ohne sich mit den anderen Völkerstämmen zu vermischen. Sie haben nur Geldschacher getrieben; kein einziger unter ihnen hat es verstanden, seine Hände dadurch zu adeln, daß er seine Pflugschar geführt oder ein Stück Land bebaut hätte." Die Versammlung war ganz entschieden gegen die Juden. Nur ein einziger Deputierter wagt Protest zu erheben, es ist Maximilian Robespierre. Fast mit denselben Worten wie später Herder machte er die bestehenden Zustände verantwortlich für das Betragen der Juden. „Die Lasten der Juden," sagt er, „sind eine Folge der Erniedrigung, in welcher Ihr sie erhalten habt. Sie werden gute Menschen werden, sobald es ihnen irgendwie nützt, es zu sein." Aber es hilft nichts. Der Präsident Mirobeau muß bei der ablehnenden Haltung des Hauses die Judenfrage auf unbestimmte Zeit vertagen. — Bereits nach zwei Jahren wiederholen die Juden ihr Gesuch. Um was der Sklave demütig bat, fordert jetzt scharf und bestimmt der Mann. Die Juden verstehen es, ihre Angelegenheit auf das religiöse Gebiet zu schieben, und sie haben Erfolg. Der Schluß ihrer Beweisführung lautet: „Wenn es eine Religion gäbe, deren Bekenner nicht Bürger sein könnten, während die Bekenner anderer Religionen es sein könnten, so würden diese herrschende Religionen sein; aber es gibt keine herrschende Religion, da alle gleiche Rechte haben. Wenn man den Juden die Bürgerrechte verweigert, weil sie

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192201291-19/fragment/page=0005

Juden sind, so straft man sie, weil sie in einer bestimmten Religion geboren sind. Aber in solchem Falle gibt es keine Religionsfreiheit, da Verlust der Bürgerrechte mit dieser Freiheit verknüpft ist. Soviel ist gewiß: indem man die Menschen zur religiösen Freiheit erhoben hat, hat man auch die Absicht gehabt, sie zur bürgerlichen Freiheit zu erheben; es gibt keine halbe Freiheit, so wenig wie es eine halbe Gerechtigkeit gibt." — Die jüdische Schlauheit, welche die Rassenfrage zur reinen Religionsfrage stempelte, siegte über das Gefühl der Europäer. Von jeher waren die Revolutionen der Stern Judas. Die Hebräer verstanden es, sich mit List und Gewalt auf den hochgehenden Wogen der Revolution zu halten. Selbstherrlichkeit und Stolz, der Glaube, das auserwählte Volk des Herrn zu sein, macht aus den Parias Herrscher. Wenn Nationen in ihrem Innersten krachen und bersten, geschüttelt von den Fieberschauern der Revolution, dann steigt Juda empor aus der Tiefe zur Macht und zur Herrlichkeit. Die Juden des Elsaß wurden freie Bürger. — Der Frieden von Basel brachte den Rheinlanden die Judenemanzipation. In Paris trat das Synhedrion zusammen, die oberste geistliche Behörde der Juden. Unter Jeromes, des Königs Lustik, Zepter regen sich die Israeliten in Kassel. Sie streben eine Union des Judentums und Christentums an. Es entsteht hier eine reformierte Synagoge. Auch in Berlin bemühen sich die Juden um die Jahrhundertwende durch Verwischung der religiösen Gegensätze (!) die Gleichberechtigung mit, die Gewalt über die Deutschen zu erlangen. David Friedländer, Freund und Jünger Mendelssons, ausgewachsen in der rationalistischen Anschauung des 18. Jahrhunderts, will das Judentum nach „Vernunftgrundsätzen" reformieren. Die Juden sollten Christen werden, jedoch ohne sich zu den vernunftwidrigen christlichen Mysterien bekennen zu müssen. In diesem Sinne richtete Friedländer im Namen vieler gebildeter Hausväter jüdischen Glaubens (!) ein offenes Sendschreiben an den bekannten freisinnigen Hofprediger Teller. Friedländer will Christ werden, wenn ihm das Dogma der Dreieinigkeit und der Menschwerdung Christi erlassen werde. Der Propst Teller stand einem solchen Anerbieten äußerst kühl gegenüber; er lehnte entschieden jeglichen mattherzigen Kompromiß ab.

Ich werde aber nur zwei Beispiele dafür anführen, wie sehr sich die begeisterten Anhänger der französischen Revolution in der erwarteten gedeihlichen Entwicklung des Judentums getäuscht haben. Die nationalen Weltbürger jenseits des Rheins merkten doch bald, daß nicht das Menschenantlitz allein und für sich zum Bürgerrechte in einem national geschlossenen Staate befähigt, und daß nach Beseitigung der ihrer Ansicht nach untergeordneten religiösen Unterschiede noch keineswegs die Eintracht des Menschengeschlechts gewährleistet ist. Man schlug eben im Ueberschwange hochfliegender Freiheitsbegeisterung und im Hasse gegen den Absolutismus der eigenen Nationalität ins Gesicht. Laumond, Präfekt des niederrheinischen Departements, berichtet 1802 folgendes nach Paris ((Statistique du Départ. de Pas-Rhin, Paris au X. p. 198—206):

„Hat die Revolution Sitten und Bräuche der Juden geändert? Haben sie sich den übrigen Bürgern genähert? Haben sie Ehen mit ihnen geschlossen? Philosophie und Humanität würden sich freuen, wenn diese Fragen bejaht werden könnten, und es wäre erfüllt, was man von einem so aufgeklärten Jahrhundert zu erwarten berechtigt wäre. Aber leider, was auch die Ursache der Abgeneigtheit und des Mißtrauens sein mag, die Trennung der Juden und der übrigen Bürger ist noch immer dieselbe. Ich nehme die Reichen aus, die fast in jedem Lande den Vorurteilen der Menge entsagen; übrigens schleppt sich der große Haufe der Hebräer in derselben Unwissenheit und Niedrigkeit fort. Ihre religiösen Grundsätze, die sie von den übrigen Nationen trennen, und die bis jetzt durch nichts ausgerottet werden können, sind das unüberwindliche Hindernis einer Annäherung, wie sie das gemeine Wohl erforderzt würde. Sie können sich von der Idee nicht losmachen, sich für unterdrückte Fremde zu halten, die im Exil leben. Ausnahmen von dieser allgemeinen Stimmung des Judenvolkes sind selten, jedoch ihre Priester und Rabbiner im allgemeinen Leute von Bildung und guter Gesinnung. Aber wenn diese auch im Geheimen allen Vorurteilen, die ihr Amt mit sich bringt, entsagen würden, so dürften sie es doch nicht wagen, davon den geringsten Beweis ohne Gefahr vor ihrem fanatischen Haufen zu geben."

Im Elsaß war man 1808 bereits wieder so weit, die Gleichberechtigung der Juden mit den anderen Bürgern aufzuheben.

Die revolutionäre, volkszerstörende Begabtheit der Juden muß sich schon damals klar gezeigt haben, daß der Franzose Clermont-Tonnerre sagen konnte: „Von jeher waren die Revolutionen der Stern Judas!"

Die Eisenbahn als Tischgespräch

(Nach einem Erlebnis.)

Herr Doktor, darf ich heute einmal angeben, wovon die Rede sein soll?

Aber bitte, gnädige Frau!

Ich habe nämlich gestern einen Vortrag gehört über die — na ja — die „Privatisierung" der Eisenbahn. Da habe ich erst gesehen, was die Eisenbahn eigentlich für unser Wirtschaftsleben zu bedeuten hat.

Der Redner war natürlich gegen die Privatisierung?

Wieso natürlich?

Weil ich es für praktisch unmöglich halte, daß jemand zu Worte kommen kann, der dafür ist.

Ja, es kam schließlich bei ihm darauf hinaus, daß er sagte, die Privatisierung könne die Eisenbahn auch nicht anders gesund machen als mit wesentlich erhöhten Tarifen, und zu dieser Weisheit brauche das Reich keine Hilfe. Das könne es auch allein.

Die Sache liegt doch ein wenig anders. Gerade bei dieser Gelegenheit hat man wieder gesehen, daß keine wirtschaftliche Frage angeschnitten werden kann, ohne wie ein Fußball zwischen den Parteien hin- und hergeworfen zu werden. Der Hauptwiderstand kommt doch von den Gewerkschaften, die um den Achtstundentag in Sorge sind.

Wissen Sie, Herr Doktor, das mit dem Achtstundentag ist doch eigentlich großer Quatsch!

Wie kommen Sie darauf?

Es ist doch totaler Unsinn, daß in allen Berufen und bei jeder Art von Tätigkeit nach acht Stunden eine solche Ermüdung eingetreten ist, daß unbedingt die Erholungspause eingeschaltet werden muß.

Gewiß, es gibt Tätigkeiten, die der Organismus ohne Nachteil regelmäßig viel länger aushält. Das beginnt schon beim Handwerk. Während der Steinträger nach acht Stunden wirklich genug hat, nimmt der Maurer ganz bequemlich 10 bis 12 Stunden arbeiten. Noch leichter wird dies den Handwerkern des inneren Ausbaus. Das Programm des Achtstundentages wäre sachlich vollkommen erfüllt, wenn für jede Beschäftigung ihrer Eigenart entsprechend die tägliche Höchstzahl der pflichtmäßigen Arbeitsstunden festgesetzt würde. Natürlich müßte das auf ernster wissenschaftlicher Grundlage geschehen.

Und warum macht man das nicht?

Weil wir eben noch nicht aus der Schlagwortpolitik heraus sind. Das Wort Achtstundentag ist anschaulich, aber nur scheinbar, das andere ist viel wertvoller, läßt sich aber nicht in ein Schlagwort fassen, wird daher niemals volkstümlich werden können.

Gerade bei der Eisenbahn gibt es doch aber soviele Posten, wo die Arbeit aus nichts weiter als Warten besteht. Läßt sich denn da gar nichts tun?

Das ist ja gerade die große Schwierigkeit. Nehmen Sie beispielsweise ein Zugpersonal, das nach einigen Stunden Fahrt eine mehrstündige Pause an einem fremden Orte hat, bis es wieder einem Zuge zugeteilt werden kann. Die Pause ist ja weit Dienst, als der Mann an einen bestimmten Ort gebunden ist, ist aber auch wieder kein Dienst, weil er keine produktive Arbeit leistet. Für die zeitliche Bindung muß er aber doch irgendwie entschädigt werden.

Ja, die Bezahlung braucht doch aber nicht so hoch zu sein, wie für die wirkliche Arbeit.

Das ist ja gerade das schwierige Problem, die Ermittlung der sogenannten reinen Arbeitszeit. Daran rechnen sich ja die Eisenbahnverwaltungen schon beinahe tot.

Wenn ich zum Beispiel einen Schrankenwärter oder Streckenläufer vor mir sehe, ich weiß aus meiner Kinderzeit, wo wir viel an einem Bahnwärterhäuschen spielten, da lösten sich die Posten alle 12 Stunden ab, der Mann hatte vielleicht im ganzen höchstens 6 Stunden wirkliche Arbeit. Im übrigen genügte es, wenn er da war, und er lebte dabei beschaulich und zufrieden, konnte sogar noch seinen Garten besorgen.

Ja, es unterliegt keinem Zweifel, man hätte vieles von diesen Zuständen beibehalten können, und die Verwaltung wäre dabei viel besser gefahren. Aus diesem Grunde haben sich aus privatwirtschaftlichen Kreisen ernste Warnungen hören lassen, man solle nicht auf die Uebernahme der Reichseisenbahnen hereinfallen, denn unter der jetzigen Arbeiterdiktatur wäre an eine Gesundung gar nicht zu denken. Das könne die Reichsbahn gefälligst allein besorgen, dafür sei sie eben Eigentum des Staates.

Wissen Sie, wenn ich so sehe, wie jede Sache zum Gegenstand der Parteipolitik gemacht wird, dann kommen mir manchmal ganz schnurrige Gedanken, ich glaube aber, Sie werden mich auslachen, wenn ich es ausspreche.

Versuchen Sie es einmal, gnädige Frau!

Ich hatte immer die Idee, man könnte einzelne Gebiete des Deutschen Reiches versuchsweise abgrenzen und jedes Gebiet einer bestimmten Partei zur Verwirklichung ihrer Ideale zur Verfügung stellen, also zum Beispiel eine Provinz deutschnational, eine demokratisch, eine sozialdemokratisch und meinetwegen auch eine kommunistisch regieren lassen.

Ja, und weiter?

Ja, wenn man das eine Weile mit ansieht, muß sich doch schließlich herausstellen, welches System das beste ist.

Ja, wenn sich die Menschen nicht vorher totgeschlagen haben. Offen gestanden, das macht mir auch Sorge. Aber wissen Sie, mir fällt etwas ein. Ließe sich der Gedanke nicht auf die Eisenbahn übertragen?

Wie meinen Sie das?

Es gibt doch eine ganze Menge aufgehende Kleinbahnen, und auf der anderen Seite war in dem Vortrage davon die Rede, daß gerade die Nebenbahnen so schlecht rentieren. Der Fehlbetrag soll bei den Hauptbahnen allein verhältnismäßig gar nicht so groß sein.

Sie meinen also, untergeordnete Bahnen könnten auf privatwirtschaftlichem Wege vorteilhafter betrieben werden?

Aber sicher, die Kleinbahngesellschaften machen doch sehr gute Geschäfte.

Aber nur da, wo etwaige Betriebszuschüsse von den Bahneigentümern aufgebracht werden, als reine Pächter sind sie oft übel dran, denn ie haben oft langfristige Verträge aus der Vorkriegszeit und Aenderungen sind schwer durchzusetzen.

Die Kleinbahnen haben doch aber viel billigeres Personal.

Heute auch nicht mehr so wie früher. Die Kleinbahnen als solche sind nur dadurch etwas günstiger gestellt, daß die technischen und betrieblichen Anforderungen geringer sind als bei den untergeordneten Bahnen, die das Reich als Nebenbahnen betreibt. Dadurch sind tatsächlich Personalersparnisse möglich.

Muß denn eine Reichsbahn Nebenbahn sein?

Das ist durchaus nicht notwendig. Das Reich hat auch Kleinbahnen, die als solche betrieben werden.

Worin liegt der Unterschied?

Das läßt sich nach Aeußerlichkeiten schlecht sagen. Die Eisenbahnen fallen — wenigstens in Preußen — unter das sogenannte Eisenbahngesetz vom Jahre 1838, Kleinbahnen dagegen unter das sogenannte Kleinbahngesetz vom Jahre 1892.

Mit der Breite der Schienen hat das nichts zu tun?

Sie meinen mit der Spurweite? Nein, durchaus nicht. Es gibt Kleinbahnen mit Vollspur und alle möglichen darunter liegenden Abstufungen. Denkbar sind auch Nebenbahnen mit geringerer als Vollspur. Der Hauptunterschied liegt übrigens auf dem Gebiete der Tarife. Die Kleinbahnen machen ihre Tarife bis zu einem gewissen Grade selbst, während die Nebenbahnen, auch wenn sie Privateigentum sind, in das allgemeine Tarifsystem einbezogen sind. Die Frage ist aber zu kompliziert, um sie Ihnen hier weiter auseinanderzusetzen.

Wissen Sie, was ich jetzt tun würde, wenn ich der Reichsverkehrsminister wäre?

Da bin ich neugierig.

Ich würde ganz etwas Aehnliches machen, wie ich vorhin mit den Provinzen vorschlug. Ich würde mir einzelne Gebiete heraussuchen, die von Hauptbahnen umschlossen sind und nur Nebenbahnen enthalten und dann würde ich daraus Kleinbahnen machen. Könnte man denn nicht solche geschlossenen Netze unter Reichsaufsicht an Privatbahngesellschaften verpachten?

Es ist doch vielleicht gut, daß Sie nicht Reichsverkehrsminister sind.

Ich will den Vergleich noch weiter führen. Das ist das reine Privatwirtschaftssystem. Um herauszubekommen, was besser ist, könnte man doch auch einzelne solche Gebiete schaffen, und höhere Betriebsbeamte, die sich besonders dazu eignen, von Reichswegen an die Spitze setzen. Die können dann im Wettbewerb mit den verpachteten Netzen zeigen, ob sie ebenso wirtschaftlich arbeiten können, wie der Privatbetrieb.

Gnädige Frau, den zweiten Teil Ihres Gedankengangs hat der Reichsverkehrsminister bereits ausgesprochen.

Dann müßte doch der erste noch leichter durchführbar sein?

Wirtschaftlich halte ich den Gedanken für gar nicht gefährlich, im Gegenteil, es würde sicher manches zu seinen Gunsten sprechen, aber standespolitisch ist er höchst bedenklich.

Wieso denn?

Die Führung der Verwaltung liegt in den Händen der Juristen und diese werden niemals einen Versuch zulassen, bei dem sich herausstellen könnte, daß die Techniker tüchtiger sind als sie. Die Techniker kommen bei weitem nicht in derselben Anzahl, die ihrer Kopfstärke entspricht, in wirklich leitende Stellen, weil die Juristen nach alter Ueberlieferung das Heft in Händen haben.

Läßt sich denn daran garnichts ändern?

Es macht außerordentliche Schwierigkeiten. Die Juristen selbst verwenden auch sehr viel Scharfsinn darauf, um zu beweisen, daß ihre Vorbildung für leitende Stellen die geeignetere ist. Es haben darüber schon erbitterte Pressefehden stattgefunden.

Aber kümmert sich denn darum nicht das Parlament?

Das schon, es sind sogar schon zahlreiche Beschlüsse gefaßt worden, die die Gleichstellung der Techniker und Juristen verkünden. Es hat sich aber noch keine Regierung gefunden, die dieses Programm durchgeführt hätte.

Herr Doktor, ich habe eine Bitte! Sie haben doch ein gutes Gedächtnis. Können Sie nicht das, was wir eben gesprochen haben, mal ein bischen aufschreiben und in eine Zeitung bringen? Sehen Sie, ich denke, was Sie mir erzählt haben, wenn das ein Abgeordneter ließ, der müßte es doch auch begreifen.

Gnädige Frau, darf ich Sie an die Immunität der Abgeordneten erinnern?

Ich danke Ihnen für die Zurechtweisung. Sie brauchen ja das nicht mit hineinzuschreiben.

Vielleicht doch gerade. Es nimmts ja keiner!

Wetten, daß ..... Gesegnete Mahlzeit!

Ein neues Lebensbild der Pfälzer Liselotte

Die Gestalt der deutschen Fürstentochter Liselotte von der Pfalz, die als Gemahlin des Bruders Ludwigs XIV. an den französischen Hof kam, ist für uns zum Symbol deutscher Urwüchsigkeit und gesunder Kraft inmitten französischer Ueberkultur geworden; in ihr ist gleichsam der deutsche Geist verkörpert, der selbst in den Zeiten schlimmster Fremdherrschaft sich nicht beugen läßt und die Fremden unwillkürlich zur Anerkennung und Bewunderung zwingt. Ein neues Lebensbild dieser deutschesten aller Fürstinnen in dem französischsten aller Jahrhunderte wird von Gertrude Aretz in einem anschaulich schildernden Werk gezeichnet, das soeben im Verlag von Julius Hoffmann in Stuttgart erschienen ist. Ungern ging die deutsche Prinzessin nach Frankreich; nur aus Liebe und Gehorsam zu ihrem Vater verheiratete sie sich mit einem Prinzen, der das gerade Gegenstück von ihr war; sie wurde ein Opfer der Politik und hat ihr ganzes Leben lang schwer daran getragen. Aber in der äußerlich so glänzenden Umgebung am Hofe des Sonnenkönigs bewahrte sie ihre natürliche unverfälschte Art, und durch diese Frische und Derbheit wußte sie den verzärtelten Höflingen, wußte sie selbst Ludwig XIV. zu imponieren. Nie hat sie die französische Mode angenommen. Schminke, Puder und Schönheitspflästerchen blieben ihr fern, nie trug sie eine Gesichtsmaske, wie es die französischen Damen des 17. Jahrhunderts zur Schonung ihrer Haut taten. Sie ließ sich, wie sie selbst sagt, „stets die frische Luft um die Nase wehen" und nahm den gebräunten und stark geröteten Teint in Kauf. Sie war an diesem Hofe, an dem man sich nicht wusch und den Schmutz unter einer prunkenden Hülle verbarg, ein Freiluftmensch, der sich abhärtete, der weite Ritte und Jagdausflüge liebte. Ludwig XIV. fand in ihr eine unermüdliche Reiterin, die stundenlang an seiner Seite im Sattel saß, ohne die geringste Müdigkeit zu spüren. Bei Jagden war sie mehr wie ein männliches als ein weibliches Wesen gekleidet, und rot wie ein Krebs, den Hut schief auf dem Kopf, die riesige Perücke zurückgeschoben, so kam sie oft von ihren Ritten heim. „So jung als ich auch gewesen," schreibt sie einmal, „hab' ich doch nie die Fantasei, so unsere ehrliche Teutsche haben, die französischen Moden zu folgen, begreifen können, denn mich deucht, daß nichts Raisonnableres war, als daß sich ein jeder kleiden möge, wie es ihm am bequemsten und gemächlichsten ist." Sie war mitten unter diesen gezierten Puppen ohne jede Eitelkeit. Als sie einmal die Gräfin von Soissons verwundert fragte, warum sie nie in einen Spiegel sähe, wie das alle Welt tue, antwortete sie: „Ich habe zu viel Eigenliebe, um mich, so häßlich wie ich bin, anzusehen." „Bin gar ein häßlich Schätzchen," schreibt sie an ihre Tante Sophie von Hannover, „bin eine wüste häßliche Figur, habe aber das Glück, gar nichts danach zu fragen, denn ich begehre nicht, daß jemand verliebt vor mir sein solle."

Wie die französischen Moden, so haßt sie überhaupt die französischen Sitten. Die raffinierte französische Küche mit ihren tausenderlei Kinkerlitchen sagt ihrem Gaumen nicht zu. Sie liebt derbere Kost, wo man „etwas davon hat". Ein Gericht Sauerkraut mit Pfälzer Würsten, ein fettiger Schinken, ein Speck- oder Krautkalat, eine kräftige Biersuppe sind ihr nach eigenem Geständnis sehr viel lieber als alle feinen Speisen an der Tafel des französischen Königs. „Ich habe mein teutsches Maul noch so auf die teutschen Speisen verledert," gesteht sie ihrer Freundin Frau von Harling, „daß ich kein einziges französisches Ragout leiden noch essen kann. Ich esse nur Rindfleisch, Kalbsbraten und Hammelschlägel." Die französischen Köche machten es trotz all ihrer Künste der Pfälzerin nie recht, die sich von ihrer Tante aus Hannover Kisten voll Würste und Pumpernickel und aus ihrem geliebten Heidelberg Sauerkraut und Krebssuppen schicken ließ. Die braunschweigischen Mettwürste wurden sogar von den Franzosen als Leckerbissen anerkannt, worauf sie stolz war. Die neuen Getränke, wie Schokolade und Kaffee, sind ihr unangenehm; vom Kaffee behauptet sie sogar, er röche wie stinkender Atem. Die Sittenlosigkeit am Hofe des Sonnenkönigs war ihr ein Greuel, und sie hat furchtbar gelitten unter dem brutalen Egoismus, der hinter freundlicher Maske das Schlimmste vollbrachte. Ihre geliebte Pfalz wurde von den Soldaten des Königs, der ihr selbst so viel Gunst zuteil werden ließ, verwüstet und vergewaltigt, ihr Vater mißhandelt, und trotz all ihrer Empörung, trotz ihrer Tränen und Bitten setzte sie weder beim König, noch bei seinem Minister Louvois, dem eigentlichen Schuldigen, etwas durch. In ihren Briefen lebt ergreifend das tiefe Weh der Deutschen über die ihrem Vaterlande zugefügte Schmach. „Ich habe einen solchen Abscheu vor alles," schreibt sie, „so man abgesprengt hat, daß alle Nacht, sobald ich ein wenig einschlafe, deucht mir, ich sei zu Heidelberg oder Mannheim und sehe all die Verwüstung und dann sahre ich im Schlaf auf und kann nicht wieder einschlafen. Dann kommt mir in den Sinn, wie alles zu meiner Zeit war, in welchem Stand es nun ist, ja in welchem Stand ich selber bin, und da kann ich mich des Flennens nicht enthalten." In der Sprache der Heimat, die sie in ihren Briefen so urwüchsig und kraftvoll redet, lebt ihr das verlorene Vaterland, und mitten in dem Glanz französischer Hochkultur bekennt sie: „Halte es für ein groß Lob, wenn man sagt, daß ich ein teutsch Herz habe und mein Vaterland liebe. Dieses Lob werde ich, ob Gott will, suchen bis an mein Ende!"

Verantwortlich: Erich Gellheim.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192201291-19/fragment/page=0006